

ippnw forum

das magazin der ippnw
nr177 märz 2024 3,50€
internationale ärzt*innen
für die verhütung des
atomkrieges – ärzt*innen
in sozialer verantwortung



- Militarisierung der Gesundheitsversorgung
- Kontroverse um die atomare Abschreckung
- Verfolgung der türkischen Ärztekammer

Ceasefire now!
Stoppt den Krieg im Nahen Osten



Broschüre zum Bestellen

Im humanitären Bereich hat das Werben um Erbschaften und Nachlässe eine lange Tradition. Der Vorstand der IPPNW hat sich nach reiflicher Überlegung dazu entschlossen, diese Möglichkeit den eigenen Mitgliedern, Fördererinnen und Förderern anzutragen. Den Einsatz für Ziele, die Ihnen am Herzen liegen, können Sie durch ein Vermächtnis oder ein Erbe nachhaltig unterstützen. Diese zwölfseitige Broschüre informiert Sie, welche Fragen dabei zu bedenken sind.

Ihr Nachlass gestaltet: Über den Tag hinaus



Per FAX an 030/693 81 66

IPPNW
Deutsche Sektion
Körtestraße 10
10967 Berlin

Ich bestelle Exemplare der Broschüre
„Über den Tag hinaus die Zukunft mitbestimmen: Vererben oder vermachen an
einen gemeinnützigen Verein“

Name _____

Straße _____

Plz, Ort _____

E-Mail _____

Unterschrift _____



Dr. Lars Pohlmeier ist
Co-Vorsitzender der
deutschen IPPNW.



Ein Heft über den Krieg zwischen Israel und Gaza und die Folgen für das Westjordanland ist ein Wagnis, kann eigentlich nur Missverständnisse, wenn nicht gar Kontroversen auslösen. Und dennoch ist es richtig, hier einen Schwerpunkt zu setzen.

Die deutsche IPPNW unterhält langjährig vielfältige Kontakte in die Region – übrigens zu allen Bevölkerungsgruppen dort. Viele von uns schmerzt der Konflikt auch aufgrund persönlicher Israel-Palästina-Erfahrungen. Wir präsentieren unterschiedliche Perspektiven, persönliche Meinungsartikel der Autor*innen. Mit Alex Rosen meldet sich der ehemalige IPPNW-Vorsitzende eindrucksvoll zu Wort. Er war Co-Autor eines Nahost-Papiers, das immer noch wichtige Anregungen gibt.

Unsere Position ist klar: Wir stehen an der Seite aller Opfer, egal welcher Nationalität und welchen Glaubens. Aus dieser Perspektive verstehen sich unsere Forderungen aus der deutschen IPPNW: Gesundheit schützen, Leiden vermeiden, zu fordern, dass die verschiedenen Bevölkerungsgruppen einen Rahmen für Verhandlungen erhalten, die Ausgleich und einen gerechten Frieden schaffen können.

Zum Inhalt: Die palästinensische Ärztin Lina Qasem-Hassan, Vorsitzende von Physicians for Human Rights (PHR) Israel, sollte nach Gaza reisen, stattdessen behandelte sie israelische Überlebende nach den Massakern vom 7. Oktober.

PHR Israel befasst sich mit den Angriffen des israelischen Militärs auf Gesundheitseinrichtungen und -personal im Gazastreifen. Es droht die Zerstörung des Gesundheitssystems in Gaza. Wir dokumentieren einen Auszug aus dem aktuellen Report von PHR.

Deutschland liefert Waffen in diesen Konflikt: Seit November 2023 hat die Bundesregierung die Exportgenehmigungen für Israel drastisch erhöht. Dr. Shir Hever berichtet.

Auch im Westjordanland gibt es seit Oktober 2023 eine massive Welle der Gewalt. Der israelische Journalist Yuval Abraham hat recherchiert, wie gewalttätige Siedler immer mehr Straßensperren errichten und Palästinenser*innen in ihrem Alltag einschränken.

Dr. Alex Rosen fordert einen veränderten deutschen Diskurs über den Nahostkonflikt. Notwendig sei eine rationale Trennung von Kritik an der Politik der israelischen Regierung auf der einen und antisemitischer Judenfeindlichkeit auf der anderen Seite.

Eine anregende Lektüre wünscht – Ihr Dr. Lars Pohlmeier

Jahrestag von Fukushima 15
Japan setzt weiter auf Atomenergie



doro-chiba.org (2021)

Ceasefire now! 20
Krieg im Nahen Osten



Oren Ziv / Local Call

Flache Erde: 16
Die Inventarisierung des Urans



Patrick Schukalla

THEMEN

Ukraine: Der Weg zu Friedensverhandlungen 8

Die Militarisierung der Gesundheitsversorgung 10

COP28: No nukes, no war, no warming! 12

Türkei: Die TMA lässt sich nicht zum Schweigen bringen! 14

Japan setzt weiter auf Atomenergie 15

Flache Erde: Die Inventarisierung des Urans 16

Kontroverse um die atomare Abschreckung 18

SCHWERPUNKT

Israelis for Ceasefire 20

Dieser Krieg ist ein Test für unsere Menschlichkeit 22

Die Zerstörung des Gesundheitswesens in Gaza 24

Waffenlieferungen an Israel stoppen 25

Unter Blockade 26

Wie in Deutschland über „Nahost“ gestritten wird 28

WELT

Internationales: Weltkongress in Japan geplant 30

RUBRIKEN

Editorial 3

Meinung 5

Nachrichten 6

Aktion 31

Gelesen, Gesehen 32

Gedruckt, Geplant, Termine 33

Gefragt: Rudi Friedrich 34

Impressum/Bildnachweis 33



Dr. Lars Pohlmeier
ist Co-Vorsitzender
der deutschen IPPNW.

Anlässlich des zweiten Jahrestages des Ukrainekrieges forderte die IPPNW einen Strategiewechsel der Bundesregierung und der EU.

Der ausschließliche Fokus auf Waffenlieferungen und Sanktionen hat nicht zu Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen geführt. Der Krieg in der Ukraine hat seit dem 24. Februar 2022 zu Hunderttausenden Toten und Verletzten sowie Millionen Geflüchteten zur Folge gehabt. Jeder Tag, den der Krieg dauert, führt zu noch mehr Leid. Auch die Lieferung von weitreichenden Waffensystemen wie Taurus-Marschflugkörpern bringt uns dem Frieden nicht näher und birgt zugleich das Risiko, dass Deutschland in den Krieg hineingezogen wird.

Weder Russland noch die Ukraine können diesen Krieg mit militärischen Mitteln für sich entscheiden und ihre Ziele erreichen. Die westliche Staatengemeinschaft muss auf diese Realität eine Antwort finden, die über Waffenlieferungen und finanzielle Unterstützung der Ukraine hinausgeht. Die Unterstützerstaaten der Ukraine in NATO und EU sollten Druck auf die ukrainische Regierung ausüben für einen Prozess hin zu Verhandlungen. Die Dynamik für eine diplomatische Lösung des Krieges hat sich durch Friedens- und Vermittlungsinitiativen von Staaten des globalen Südens verstärkt.

Mit jedem Tag, den der Krieg andauert, droht zudem das Risiko einer Eskalation. NATO-Manöver wie Steadfast Defender an der Grenze zu Russland sowie Diskussionen über eine mögliche Bewaffnung der EU mit Atomwaffen sind hier alles andere als hilfreich. Zu glauben, die atomare Abschreckungsdoktrin schaffe Sicherheit, ist ein Mythos. Die atomare Aufrüstung Europas würde uns im Gegenteil an den Rand eines Atomkrieges führen. Alle Beteiligten müssen bestehende Rüstungskontrollverträge einhalten und auf UN-Ebene wieder in atomare Abrüstungsverhandlungen eintreten.

Trotz massiver Repression gibt es in Russland nach wie vor zivilen Widerstand. Diesen Widerstand gilt es zu unterstützen. Nach dem Tod des russischen Oppositionellen Alexej Nawalny sind in Russland Hunderte mutige Menschen auf die Straße gegangen, um Blumen niederzulegen. Ein politisches Signal an Präsident Putin wäre jetzt, den Menschen aus Russland, die sich dem Krieg verweigern, in Deutschland Schutz zu gewähren.

Dr. Lars Pohlmeier



Leningrader Blockade: Deutschland verweigert Entschädigung

Überlebende der deutschen Hungerblockade Leningrads im Zweiten Weltkrieg beharren 80 Jahre nach dem Ende der Blockade auf einer Entschädigung aller Opfer. Die Bundesregierung weist dieses Anliegen jedoch zurück.

Die Blockade von Leningrad, heute St. Petersburg, gilt als größtes Verbrechen der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg: Zwischen 1941 und 1944 schnitt sie drei Millionen Menschen in der Stadt 872 Tage lang von Nahrungsmittellieferungen ab. Erklärtes Ziel des NS-Regimes war es, die Stadtbevölkerung durch Hunger zu vernichten. Während der Blockade, die am 27. Januar 1944 endete, starben 1,2 Millionen Menschen, die zumeist verhungerten.

Entschädigung haben bisher nur jüdische Opfer erhalten: Jüdische Überlebende konnten seit 2008 eine Einmalzahlung von 2.556 Euro bekommen, zudem seit 2021 monatliche Rentenzahlungen. Überlebende der Blockade fordern, diese Zahlung auch nichtjüdischen Geschädigten zu gewähren. Es gebe noch knapp 60.000 Überlebende, von denen viele keine Zahlungen aus Deutschland erhalten hätten.

Die deutsche Bundesregierung vertritt den Standpunkt, dass mit den Reparationen an die Sowjetunion nach dem Ende des Kriegs die Fragen der Hilfszahlungen an nichtjüdische Opfer abgeschlossen sei. Sie stuft den deutschen Hungergenozid als „allgemeine Kriegshandlung“ ein, für die keine Entschädigung zu zahlen sei.

Mehr im Forum intern, S. 12



Niederlande: Gerichtshof stoppt Waffenexporte an Israel

Der Gerichtshof in Den Haag hat der niederländischen Regierung Mitte Februar 2024 untersagt, weiterhin Teile für F-35-Kampffjets an Israel zu liefern. Es bestehe die Gefahr von „schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht“, so der Richter. Denn die israelische Armee setze Kampfflugzeuge bei ihren Angriffen gegen Gaza ein, so die Begründung. Innerhalb von sieben Tagen müssten die Niederlande deshalb alle Lieferungen entsprechender Flugzeugteile an Israel einstellen. Der Richter wies das Argument der Regierung zurück, eine Einstellung der Lieferungen beeinträchtige das wichtige Verhältnis zu den USA. Die F-35-Teile, um die es geht, sind im Besitz der USA. Sie werden jedoch in den Niederlanden gelagert und von dort aus an Partnerstaaten der USA geliefert.

Drei Menschenrechtsorganisationen hatten Zivilklage eingereicht, um einen Exportstopp zu erreichen. Die Niederlande machten sich mitschuldig an möglichen Kriegsverbrechen in Gaza, argumentierten sie. Der Staat will gegen das Urteil in Revision gehen.

Am 24. Januar 2024 hatten 16 internationale Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen die UN-Mitgliedstaaten aufgefordert, die Lieferung von Waffen, Waffenteilen und Munition an Israel sowie an palästinensische Gruppen umgehend einzustellen.

Gegen Mitglieder der deutschen Bundesregierung haben wegen „Unterstützung schwerer Verbrechen des Völkerrechts“ Ende Februar 2024 zwei deutsch-palästinensische Familien Strafanzeige bei der Generalbundesanwaltschaft erstattet.



Bundeswehr rekrutiert verstärkt Minderjährige

Alarmierend: Die Zahlen minderjähriger Soldat*innen bei der Bundeswehr sind im vergangenen Jahr erneut angestiegen. Laut dem Verteidigungsministerium wurden 1.996 Jugendliche im Alter von 17 Jahren rekrutiert, ein Anstieg um 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und der zweithöchste Wert bisher. Unter ihnen waren 315 Mädchen. Besonders besorgniserregend ist, dass mehr als jede*r zehnte neueingestellte Soldat*in minderjährig war.

Ralf Willinger, Sprecher des von der IPPNW unterstützten Bündnisses „Unter 18 Nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“, appellierte Anfang Februar an Verteidigungsminister Pistorius, sein Versprechen zur Beendigung der Rekrutierung Minderjähriger einzulösen: „Statt Ihr Versprechen einzuhalten und die Rekrutierung Minderjähriger als Soldatinnen und Soldaten zu beenden, steigen die Zahlen seit Antritt der Ampelregierung immer weiter an.“

Global gesehen befindet sich Deutschland mit seinem Vorgehen in einer Minderheitenposition – über 150 Staaten unterstützen ein Mindestrekrutierungsalter von 18 Jahren. Auch der internationale Druck wächst. So kritisierte etwa das künftige NATO-Mitglied Schweden Deutschland vor dem UN-Menschenrechtsrat und forderte die Erhöhung des Rekrutierungsalters auf 18 Jahre. Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes fordert dies bereits seit 2008.

Mehr unter: [unter18nie.de](https://www.unter18nie.de)



Widerstand gegen fragwürdigen Nukleardeal in Niedersachsen

Das französische Unternehmen Framatome hat angekündigt, die Brennelemente-Produktion in Lingen, Niedersachsen, zu erweitern. Besonders brisant an dieser Meldung ist, dass die Produktionssteigerungen unter Mitwirkung des staatlichen russischen Atomkonzerns Rosatom geplant ist. Dagegen regt sich Widerstand. Rosatom ist als Staatskonzern und Atombehörde für den gesamten russischen Atomsektor, also auch für die Atomwaffenproduktion, verantwortlich. Seit dem März 2022 hat Rosatom Kontrolle über das ukrainische Atomkraftwerk Saporischschja, das vom russischen Militär im Rahmen des Krieges in der Ukraine besetzt wird.

Die IPPNW und weitere Organisationen haben Einwendungen beim niedersächsischen Umweltministerium gemacht und am 1. März 10.855 Einwendungen übergeben. Sie kritisieren, dass das Joint Venture der konsequenten Vervollständigung des deutschen Atomausstiegs zuwiderlaufe und eine Einladung an die russische Regierung darstelle, sich noch tiefer im europäischen Atomgeschäft zu verwurzeln.

In einem vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebenen Gutachten des Atomrechtlers Gerhard Roller von der TH Bingen heißt es: „Beim gegenwärtigen Kenntnisstand ist nicht ausgeschlossen, dass die Zulassung einer Kooperation einer deutschen Brennelementefabrik mit einem russischen Staatskonzern die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden vermag.“



Neue Kampagne: Escape FCAS – Cyberkampffjets stoppen

Zusammen mit anderen Gruppen hat die IPPNW die Kampagne „Escape FCAS: Cyberkampffjets stoppen!“ gestartet. Im Rahmen der Verabschiedung des Haushalts für 2024 warnte die Kampagne vor enormen Kosten. Am 29. Januar 2024 demonstrierte sie vor dem Bundestag und forderte die Abgeordneten zu einem Stopp des Hochrisikoprojekts auf. Im Zentrum des vermutlich teuersten europäischen Rüstungsprojekts des Jahrhunderts soll ein Kampfflugzeug der sechsten Generation stehen, das von autonomen Drohnen umgeben ist.

FCAS soll frühestens 2040 den Projektationen Frankreich, Deutschland und Spanien zur Verfügung stehen. „FCAS wird als Trägersystem auch mit Atomwaffen bestückbar sein. Die Beteiligung des Bundes an einem exorbitant teuren Projekt lässt erahnen, dass die Bundesregierung überhaupt kein Interesse an echter nuklearer Abrüstung hat“, so der IPPNW-Co-Vorsitzende Dr. Lars Pohlmeier.

Die einseitige Priorisierung des Militärischen birgt zudem soziales Konfliktpotenzial. Marius Pletsch von der DFG-VK meint: „Gebunden durch die selbst angelegten Fesseln der Schuldenbremse geht die Priorisierung fraglicher Rüstungsprojekte wie dem Cyberkampffjetsystem FCAS zulasten wichtiger staatlicher Aufgaben, wie der Eindämmung der Klimakatastrophe, der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, der Beendigung von Kinderarmut und der Gewährleistung öffentlicher Mobilität.“

Fotos unter: www.flickr.com/ippnw



IPPNW kritisiert Entlassung der Türkischen Ärztekammer

Die IPPNW hat an die Bundesregierung appelliert, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um die Verfolgung oppositioneller Ärzt*innen durch die türkische Regierung zu beenden und für die Achtung von Menschenrechtsverteidiger*innen in der Türkei einzutreten. Ein Gericht in Ankara hat am 1. Dezember 2023 die Entlassung aller Mitglieder des Vorstandes der Türkischen Ärztekammer angeordnet. Anlass für das Gerichtsverfahren ist die Forderung der Vorsitzenden Sebnem Korur-Fincanci im vergangenen Jahr nach einer unabhängigen Untersuchung möglicher Chemiewaffeneinsätze durch die türkische Armee.

„In den letzten sieben Jahren war die Türkische Ärztekammer Gegenstand zahlreicher strafrechtlicher Ermittlungen auf der Grundlage der übermäßig weit gefassten Antiterrorgesetze der Türkei. Das Urteil richtet sich offensichtlich gegen die freie Meinungsäußerung und freie Berufsausübung türkischer Ärzt*innen sowie gegen die Ärztekammer, die ihre medizinische Berufsausübung in einem menschenrechtlichen und sozialen Kontext sieht“, betont Dr. Angelika Claußen.

Die IPPNW kritisiert auch die Verurteilung des Chirurgen Dr. Adnan Selçuk Mizrakli scharf. Dieser wurde am 29. November 2023 in einem Berufungsprozess in der Türkei zu mehr als neun Jahren Haft verurteilt. Mizrakli war Vorsitzender der Ärztekammer Diyarbakir und zuletzt Oberbürgermeister der Stadt.

Mehr zum Thema auf S. 14

Der Weg zu Friedensverhandlungen

—Zwei Jahre Krieg in der Ukraine—

Knapp zwei Jahre nach Beginn des Krieges haben weder Russland noch die Ukraine einen entscheidenden Sieg auf dem Schlachtfeld errungen. Der folgende Artikel, der auf einem umfassenden Forschungsbericht von Inclusive Peace beruht, skizziert u. a. verschiedene Aktivitäten zur Vorbereitung von Verhandlungen und entwickelt Optionen für die Gestaltung eines Verhandlungsprozesses zur Beendigung des Krieges in der Ukraine. Die umfassende Beteiligung der Ukraine an allen Aktivitäten rund um Verhandlungen wird dabei als essenziell herausgestellt.

Kontext

Seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine am 24. Februar 2022, der mit einer umfassenden militärischen Invasion Russlands begann, wurde ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung vertrieben und mehr als 10.000 Zivilist*innen getötet. Zudem entstanden enorme wirtschaftliche, infrastrukturelle und ökologische Schäden in der Ukraine. Der Krieg hat auch weitreichende geopolitische Auswirkungen: Er verändert die nach dem Ende des Kalten Krieges errichtete Sicherheitsarchitektur in Europa, macht deutlich, wie schwer es Gremien wie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) fällt, den Frieden auf dem Kontinent zu erhalten, und führt zu einer erheblichen Erhöhung der Militärausgaben auf allen Seiten.

Seit Anfang 2023 hat sich die Dynamik für eine diplomatische Lösung des Krieges verstärkt, insbesondere durch den Zehn-Punkte-Friedensplan der Ukraine und nachfolgende Treffen sowie die Einleitung von Friedens- und Vermittlungsinitiativen durch Staaten des globalen Südens – vor allem Brasilien, China, Indien, Südafrika und die Türkei. Russland hat begonnen, sich bei einigen dieser Initiativen auf Sondierungsebene einzubringen. Auch im westlichen politischen Diskurs hat sich ein Wandel vollzogen, der die Wahrscheinlichkeit von Verhandlungen zu einem bestimmten Zeitpunkt anerkennt.

Das empirische Argument für Friedensverhandlungen

Vergleichende Untersuchungen zeigen, dass Verhandlungen der häufigste Weg sind, um Kriege zwischen Staaten zu beenden: 38 (oder 68 %) der 56 zwischenstaatlichen Kriege, die zwischen 1800 und 1980 geführt wurden, endeten durch Verhandlungen;

zwischen 1989 und 2010 führten vier der acht zwischenstaatlichen bewaffneten Konflikte zu einem Friedensabkommen.

Kämpfen und Verhandeln schließen sich dabei nicht aus. Auch wenn unter solchen Umständen die Gefahr besteht, dass Verhandlungen instrumentalisiert werden, sind in vergangenen bewaffneten Konflikten Kämpfe und Verhandlungen parallel verlaufen. In 79 Prozent aller zwischenstaatlichen Kriege, die zwischen 1823 und 2003 geführt wurden, gab es mindestens eine Verhandlung, während die Kämpfe anhielten.

Wie man sich auf Verhandlungen vorbereitet

Verhandlungen erfordern eine gründliche Vorbereitung und Planung. Die Vorbereitungsmaßnahmen können beginnen, lange bevor sich die Konfliktparteien öffentlich zu Verhandlungen verpflichten oder auch nur die Möglichkeit von Verhandlungen ausloten. Konkrete Schritte zur Vorbereitung von Verhandlungen umfassen die Schaffung diplomatischer Koordinationsmechanismen zwischen Staaten (z. B. Kontaktgruppe, Gruppe von Vermittler*innen); das Schmieden von Allianzen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und die Festlegung, welche Akteur*innen welche Rolle in einem Vorbereitungsprozess übernehmen; die Identifizierung zentraler Verhandlungsthemen und die Entscheidung, welche Akteur*innen die Führung bei der inhaltlichen Vorbereitung der Verhandlungen zu welchem Thema übernehmen; die Einrichtung thematischer Expert*innen-Gruppen zur Unterstützung dieser Arbeit und die Einholung von Ratschlägen von Expert*innen für die Unterstützung von Friedensprozessen bei der Gestaltung und Umsetzung aller Phasen eines Friedensprozesses; Vorbereitung auf die Veränderung des öffentlichen Diskurses über die Verhandlungen; Entwicklung von Kommunikationsstrategien im Zusammenhang mit den Verhandlungen, sowie Aufbau des Vertrauens der Konfliktparteien in die Verhandlungen.

Konfliktdimensionen und Optionen für die Gestaltung des Verhandlungsprozesses

Bei Friedensverhandlungen gibt es im Allgemeinen zwei Hauptformate: direkte Verhandlungen zwischen den Hauptkonfliktparteien und Verhandlungen zwischen mehreren Parteien. An direkten Verhandlungen nehmen hochrangige Vertreter*innen der Konfliktparteien teil, manchmal aber auch Vertreter*innen

der Zivilgesellschaft, religiöse Akteur*innen oder Vertreter*innen der Wirtschaft. An Mehrparteienverhandlungen sind neben den Hauptkonfliktparteien mehrere Akteur*innen beteiligt, vor allem internationale und regionale Organisationen oder Drittstaaten. Friedensgespräche werden häufig in getrennte „Tracks“ unterteilt, um verschiedene thematische Fragen entweder nacheinander oder parallel zu behandeln.

Der Krieg in der Ukraine ist ein multidimensionaler Konflikt, der zwei sich überschneidende, aber unterschiedliche Ebenen umfasst:

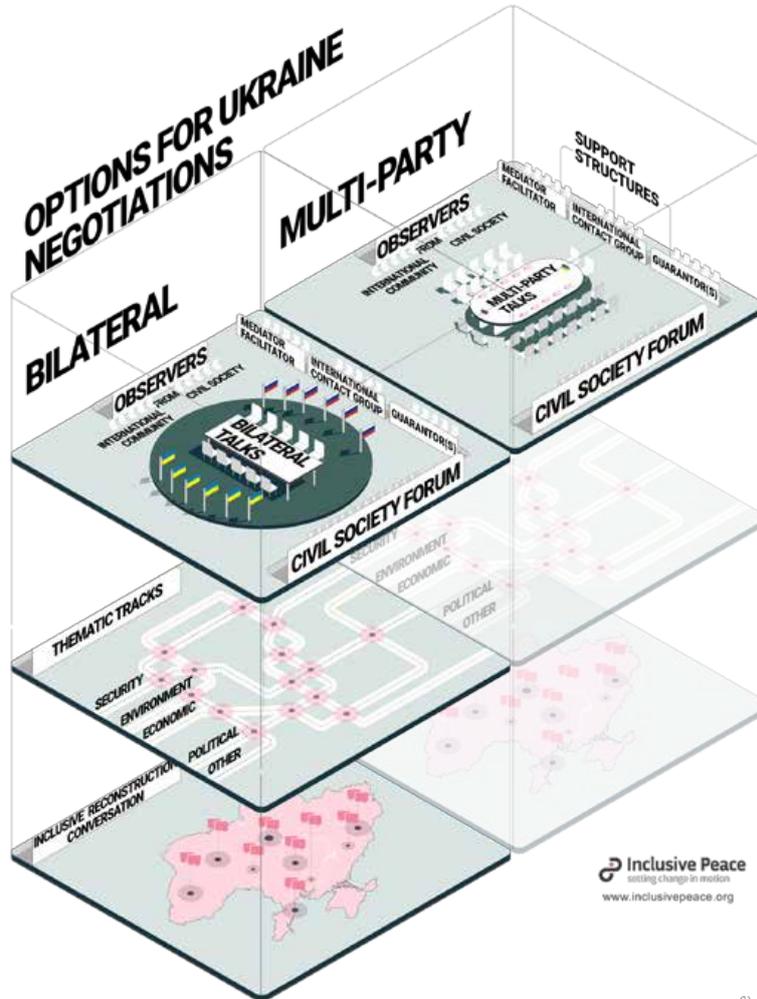
» Ein zwischenstaatlicher „heißer“ Krieg zwischen Russland und der Ukraine, in dem die ukrainischen Interessen eindeutig im Überleben, der Souveränität und der territorialen Integrität liegen. Die russischen Prioritäten sind offenbar eine Kombination aus regionalen Sicherheitsbedenken, einschließlich der Begrenzung der NATO-Erweiterung nach Osten, gesamtrussischem Irredentismus (Ideologie, die auf die Zusammenführung möglichst aller Vertreter einer bestimmten Ethnie in einem einheitlichen Staat hinzielt) und spezifischen strategischen Zielen wie der Sicherung einer Landbrücke zur Krim. Dieser zwischenstaatliche Krieg hat den internationalisierten innerstaatlichen Konflikt in der Ukraine von 2014 bis 2022 überlagert, bei dem es um die Kämpfe im Donbass und die Annexion der Krim durch Russland ging.

» Ein „kalter“ Krieg zwischen Russland und der NATO, bei dem es um Russlands militärische Intervention in der Ukraine und regionale Ambitionen, die NATO-Erweiterung, die militärische und geheimdienstliche Unterstützung der Ukraine durch den Westen sowie die Sanktionen der USA und der EU gegen Russland geht.

Dies erfordert einen Verhandlungsrahmen mit mindestens zwei – möglicherweise drei – miteinander verbundenen, aber unterschiedlichen Verhandlungsebenen (siehe Abbildung): bilaterale Gespräche (die letztlich zu einem Waffenstillstand/Friedensabkommen führen könnten), Verhandlungen zwischen mehreren Parteien (einschließlich der Ukraine) über neue Bedingungen für die eurasische Friedens- und Sicherheitsarchitektur und – möglicherweise – einen innerukrainischen Austausch über einen umfassenden, inklusiven Wiederaufbauprozess.

Bilaterale Gespräche zwischen der Ukraine und Russland sind das Standardformat für Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen. Die Minsker Vereinbarungen (2014/15) sind ein warnendes Beispiel für die Notwendigkeit, die ukrainischen Interessen nicht zu vernachlässigen und die Ukraine in alle Verhandlungsformate einzubeziehen, sowohl im Geiste als auch nach dem Motto „nichts über die Ukraine ohne die Ukraine.“

Angesichts der Notwendigkeit, eine regionale Sicherheitsdimension einzubeziehen, besteht bei bilateralen Gesprächen zwischen



BILATERALE UND MEHRSEITIGE VARIANTEN EINES MÖGLICHEN VERHANDLUNGSRAHMENS

der Ukraine und Russland jedoch die Gefahr, dass die ukrainischen Verhandlungsführer*innen mit der Last der Vertretung der Interessen der EU und der USA überfordert werden. Daher gibt es zwei mögliche Optionen:

- » Einer kleinen Gruppe von Staaten könnte eine offizielle Rolle in den Gesprächen zwischen der Ukraine und Russland zugewiesen werden, ohne dass sie in vollem Umfang teilnehmen.
- » Es könnte ein Mehrparteienformat (einschließlich der Ukraine) gewählt werden, um eine kooperativere Dynamik zu fördern, indem eine größere Anzahl von Akteur*innen vertreten wird.

Beide Optionen könnten auch eine kleine Gruppe von Drittstaaten sowie Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft oder von Glaubensorganisationen als Teilnehmer*innen oder Garant*innen oder in anderen Rollen einbeziehen.

Die Studie finden Sie unter: ipnw.de/bit/inclusive-peace



Thania Paffenholz, Alexander Bramble, Philip Poppelreuter und Nick Ross sind die Autor*innen des Forschungsberichts von Inclusive Peace, einem Schweizer Think and Do Tank, der Friedens- und politische Transitionsprozesse unterstützt.

Die Militarisierung der Gesundheitsversorgung

Nationale Sicherheitsstrategie und Gesundheitssicherstellungsgesetz

Im Juni 2023 stellte die Bundesregierung ihre lange angekündigte erste „Nationale Sicherheitsstrategie“ vor. Sie löst ab, was sich in dem zuletzt 2016 erschienenen Weißbuch allein auf die Verteidigungspolitik beschränkt hatte. Sie folge nun, so Bundeskanzler Scholz, einem viel umfassenderen systematischen Gesamtansatz. „Die Herausforderung für unsere Sicherheit zieht sich durch alle Lebensbereiche“, erklärte Außenministerin Baerbock anlässlich der Vorstellung des Papiers. Ist dies eine „gesamtgesellschaftliche Mobilmachung mit noch unscharfen Konturen“, wie die FAZ am 14. Juni 2023 schreibt? Eines wird deutlich: Das Primat des Militärischen, dem alle anderen Ziele untergeordnet sind, zieht sich durch als roter Faden. Federführend ist die militärische Ausrichtung, der alle anderen Ziele untergeordnet sind. So wird nur für das ausdrücklich erwähnte NATO-Ziel von mindestens zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für die Aufrüstung ein konkretes Finanzierungsziel genannt. Alle anderen Aufgaben dieser Strategie wie Zivilschutz und Gesundheitsschutz sollen ohne zusätzliche Belastungen des Bundeshaushalts bewältigt werden.

Am 9. November 2023 stellte Verteidigungsminister Pistorius die neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien für die Zeitenwende“ der Bundesregierung vor. Sie schließen an die nationale Sicherheitsstrategie an und entwickeln die militärpolitischen Ziele für die Bundeswehr weiter: „Wir müssen kriegstüchtig werden“, sagte er. „Kriegstüchtigkeit“ wird hier zur „Handlungsmaxime der Bundeswehr“ erklärt: „Soldatinnen und Soldaten, die den Willen haben, unter bewusster Inkaufnahme der Gefahr für Leib und Leben, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“

In Artikel 87a unseres Grundgesetzes heißt es: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ „Kriegstüchtigkeit“ suggeriert

etwas anderes. Passend hierzu wird in den Richtlinien eine verpflichtende und von der Gesellschaft getragene Veteranen- und Gefallenenkultur gefordert. Im Gespräch ist der 12. November als nationaler Gedenktag. Einen „Heldengedenktag“ für Veteranen hat es in Deutschland zuletzt unter dem Naziregime gegeben. Es gehe um einen Mentalitätswechsel in Bundeswehr und Gesellschaft, so der Generalinspekteur der Bundeswehr Carsten Breuer,

Teil der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ ist auch das in Planung befindliche „Dachgesetz zur Kritischen Infrastruktur“. Unternehmen der Kritischen Infrastruktur sollen zukünftig verpflichtend Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit umsetzen. Der Gesundheitssektor als wichtiger Teil der kritischen Infrastruktur soll gesondert in einem „Gesundheitssicherstellungsgesetz“ geregelt werden, das sich momentan in der Planung befindet. Dazu heißt es: „Durch die Schaffung eines Gesundheitssicherstellungsgesetzes wird die Bundesregierung insbesondere die effiziente und dezentrale Bevorratung von Arzneimittel- und Medizinprodukten sowie regelmäßige Ernstfallübungen für das Personal für Gesundheitskrisen sicherstellen.“ und: „Um auf chemische, biologische, radiologische und nukleare Gefahren (CBRN) besser vorbereitet zu sein, wird die Bundesregierung Fähigkeiten zum CBRN-Schutz ausbauen, Notfallpläne aufstellen und Notfallübungen durchführen.“

Das Gesundheitssicherstellungsgesetz der 1980-er Jahre

Es zeichnet sich ab, dass es erneut zu einer kontrovers geführten Debatte um die Aufgaben unseres Gesundheitswesens in einem Kriegsfall kommen könnte. Schon 1981 gab es das Vorhaben der Bundesregierung, ein Gesundheitssicherstellungsgesetz im Rahmen der „Katastrophenmedizin“ zu verabschieden. Seit 1979 verwendeten die Ärztekammern statt „Wehrmedizin“ zu-

nehmend den Begriff „Katastrophenmedizin“. Letztendlich war der neue Begriff eine Schöpfung der Militärmedizin, der die Grenzen zwischen Katastrophen in Krieg und Frieden bewusst verwischt.

Gemäß der damals neuen NATO-Doktrin der „Flexible Response“ waren US-amerikanische Militärs und Politiker der Meinung, es sei möglich, einen Atomkrieg auf Europa zu beschränken und sogar zu gewinnen. Hintergrund war der NATO-Doppelbeschluss von 1979, der von der Bundesregierung 1983 unter großen Protesten der Friedensbewegung beschlossen wurde. Er beinhaltete die Stationierung von Mittelstreckenraketen. Entsprechend dieser Strategie musste sich die Militärmedizin auf eine thermonukleare Kriegsführung vorbereiten, auf einen Massenansturm von Patient*innen mit Verbrennungen, Polytraumata und Verstrahlungen. Ohne über die katastrophalen Auswirkungen eines Atomkrieges aufzuklären, sollte die fatale Illusion von medizinischer Hilfe in einem Atomkrieg aufrechterhalten werden. „Wir werden Euch nicht helfen können!“ war damals die zentrale Botschaft der IPPNW. Widerspruch bei der Ärzteschaft rief vor allem das neue Gesundheitssicherstellungsgesetz hervor, in dem eine Pflichtfortbildung in Kriegsmedizin für Ärzt*innen zum Erlernen der „Triage“, der Sichtung von Verletzten im Kriegsfall, vorgesehen war. Der Protest aus der Ärzteschaft war so groß, dass diese verpflichtende Fortbildung von der Politik zurückgenommen werden musste.

Triage in Friedens- und Kriegszeiten

Die Geburtsstunde der Katastrophenmedizin war das 1980 erschienene Standardlehrbuch „Wehrmedizin“ von Ernst Rebenisch. Die Terroranschläge von New York haben die Diskussion über die Triage in der Katastrophenmedizin weiter vorangetrieben. Als Triage wird eine Methode bezeichnet, bei der in Notlagen mit einem Anfall von einer hohen Anzahl von Pa-



tient*innen und unzureichenden Ressourcen ausgewählt werden soll, wer zuerst versorgt wird.

Die Katastrophenmedizin unterscheidet sich prinzipiell von der Alltagsmedizin. Was in der Alltagsmedizin ethisch zu Recht umstritten ist, nämlich die Behandlung von Patient*innen nur nach Effizienzgesichtspunkten, ist bei einer Katastrophe mit dem Massenansturm von Verletzten ungleich schwieriger, da wegen unzureichender Ressourcen gesehen werden muss, wie man ein ausreichendes Maß medizinischer Versorgung einem möglichst großen Kollektiv zukommen lassen kann. Die Corona-Pandemie mit dem Mangel an Intensivbetten führte dazu, dass Ende 2021 das erste Triage-Gesetz von der Bundesregierung verabschiedet wurde.

Auf welchem dünnem Eis sich die ethische Debatte bewegt, zeigt das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das dieses Gesetz kurz danach für verfassungswidrig erklärte, da der grundgesetzliche Schutz von Menschen mit Behinderung nicht gewährleistet sei. Es bestehe die Sorge, so das Gericht, dass Behinderte bei der Intensivbehandlung benachteiligt würden. Leben dürfe nicht gegen Leben abgewogen werden. Im November 2022 legte der Bundestag dann ein neues Gesetz vor. Jetzt soll nur auf Grund der „aktuellen und kurzfristigen Überlebenschancen“ entschieden werden. Alter, Geschlecht und Behinderung dürften keine Rolle spielen. Das Dilemma und die Kritik an dem Gesetz bleiben. Der Deutsche Ethikrat meint dazu, bei einer Knappheit von Behandlungsressourcen könne es nie eine gerechte Situation gegeben. Es müsse alles getan werden, um solche Extremsituationen zu verhindern.

Triage bei Naturkatastrophen oder Unfällen richtet sich nach dem medizinischen Grundsatz, welche Patient*in die Hilfe am dringendsten benötigt. Grundsätzlich anderen Gesetzen dagegen folgt die Triage in Kriegszeiten, in denen dieser Begriff auch ursprünglich geprägt wurde. Hier ist sie komplett der militärischen Logik unterworfen. Bevorzugte Behandlung bekommen Militärangehörige. Natürlich nur die der eigenen Kriegspartei und hauptsächlich



diejenigen, die schnell wieder „kampffähig“ gemacht werden sollen. Geraten medizinische Ethik und militärische Logik in Konflikt, hat das Militärische den Vorrang.

Wieder verschwimmen die Grenzen zwischen Krieg und zivilen Katastrophen im Frieden. In der Sicherheitsstrategie wird der Begriff „Krieg“ vermieden, es gibt nur „Katastrophen“, „Krisen“, „Konflikte“, „Gefahrenlagen“ und „Bedrohungsspektren“. Alles ist „Katastrophe“: die Pandemie, der Waldbrand, das Chemieunglück und der Atomkrieg. Militär und Zivilschutz spekulieren auf das unkritische Helferethos, denn der medizinischen Hilfe bei Katastrophen wird sich keine Krankenschwester und kein Arzt entziehen. Gleichzeitig ist es Aufgabe der Wehr- und Katastrophenmedizin, die Illusion medizinischer Hilfe aufrechtzuerhalten. So trägt sie dazu bei, die gesundheitlichen Folgen eines Atomkrieges handhabbar erscheinen zu lassen.

Militarisierung der Gesundheitsversorgung

Neu an der aktuellen Nationalen Sicherheitsstrategie ist, dass ein großer Bereich des Zivilen in die militärische Sicherheitsarchitektur eingegliedert wird. Schon länger wird in Bundeswehrkreisen über die „Versicherheitlichung“ von Gesundheit und über die „zivilmilitärische Zusammenarbeit“ nachgedacht. In einem Aufsatz von Oberstleutnant Björn Stahlhut et al. heißt es: „Die Zivilmilitärische Zusammenarbeit in der Krise und im bewaffneten Konflikt zeigt damit ein völlig anderes Gesicht, als im Alltag. ... Während im Alltag die Bundeswehr die zivilen Behörden unterstützt, ist es in der Krise und erst recht im bewaffneten Konflikt genau andersherum. Letzteres ist die anspruchsvollere Führungsaufgabe.“ „Ein zukünftiges Gesundheitssicherstellungsgesetz, das ... bereits im Alltag ansetzt, ist Voraussetzung für eine wirkungsvolle Zivilmilitärische Zusammenarbeit.“

In der „Wehrmedizinischen Monatsschrift“ der Bundeswehr gab es 2023 angesichts des Ukrainekrieges eine intensive Beschäftigung mit der Frage, in welchem Umfang man sich medizinisch auf einen Einsatz von Atomwaffen vorbereiten könne. Der Fokus liegt auf der Diagnostik des Grades der Verstrahlung von Patient*innen. Hier hat es in den letzten Jahren besonders in der Biodosimetrie große Fortschritte gegeben – das gilt insbesondere für die „retrospektive Dosimetrie“, bei der durch Genanalysen schon vor dem Eintreten klinischer strahlenbedingter Symptome Rückschlüsse auf die wahrscheinlich erhaltene Strahlendosis getroffen werden können. Das Grundprinzip der Biodosimetrie ist, dass das Ausmaß strahlenbedingter biologischer Schäden mit der erhaltenen Strahlendosis einhergeht. So ermöglicht die quantitative Bestimmung von DNA-Schäden Rückschlüsse auf die erhaltene Strahlendosis. Inzwischen wurde eine IT-basierte App zur Triage entwickelt. Sie ermöglicht anhand eines Differentialblutbildes eine Vorhersage mit bis zu 96-prozentiger Wahrscheinlichkeit für das Auftreten und die Schwere eines Strahlensyndroms. Geforscht wird an der Möglichkeit, Speichelproben zu nutzen. Auch an einer Verbesserung und Präzisierung der Methoden („Hochdurchsatzsequenzierung“) wird gearbeitet.

Auf das neue Gesundheitssicherstellungsgesetz dürfen wir gespannt sein.



Ute Rippel-Lau ist Mitglied des IPPNW-Vorstandes.



No nukes, no war, no warming!

Eine Delegation der IPPNW beteiligte sich an der Klimakonferenz COP28 in Dubai

Was macht Ihr denn hier? Als erste IPPNW-Delegation, die am UN-Klimagipfel COP28 teilnahm, hörten wir diese Frage häufig. Seit Jahren fokussiert das Militär auf den Klimawandel als „Bedrohungsmultiplikator“ und benutzt die Klimakrise als Argument für mehr Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung. Bei den UN-Klimaverhandlungen wurde hingegen vermieden, sich mit den Schäden zu befassen, die militärische Aktivitäten auf Menschen, Ökosysteme und das Klima hinterlassen.

Doch inzwischen häufen sich die Studien, die den CO₂-Fußabdruck des Militärs in Friedens- und in Kriegszeiten nachweisen. Das Problem, ob und wie das Militär dekarbonisiert werden könnte, ist bei Teilen des Militärs angekommen.

Billionen von Dollar fließen in die Militärbudgets, während die Klimaverhandlungen über die Finanzierung von Verlusten und Schäden, Anpassung und Abschwächung stocken. Die Berichterstattung über militärisch bedingte Emissionen ist im Rahmen der UNFCCC immer noch freiwillig, obwohl das Militär schätzungsweise 5,5 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verursacht. Wie NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg es auf der COP28 formulierte, „müssen wir den Frieden anstreben, um den Klimawandel bekämpfen zu können. [...] Aber wenn wir uns zwischen umweltfreundlichen oder schlagkräftigen Waffen entscheiden müssen, dann wählen wir schlagkräftige Waffen.“

Neben den 2.456 Lobbyisten aus der fossilen Industrie nahmen auch sehr viele Atomlobbyisten an der COP28 teil. Unter Schlagzeilen wie „Atoms for Net-Zero“ wurde die Atomkraft als kohlenstofffreie klimafreundliche Alternative angepriesen, ohne Rücksicht auf Gesundheits- und Proliferationsrisiken. Das ist paradox: Denn die Atomkraft ist der Treibstoff für die Atombombe.

Nothilfe, Wiederaufbau und Frieden

Auf der COP28 gab es erstmalig einen Thementag und eine Erklärung zu Gesundheit, Nothilfe, Wiederaufbau und Frieden. Unter dem Dach von Peace@COP28 arbeiteten Friedensaktivist*innen gemeinsam daran, „das Bewusstsein für Friedens- und Konflikt-

sensibilität auf der COP zu schärfen – indem sie die Silomentalität aufbrechen und Menschen aus unterschiedlichen Disziplinen, Regionen und Sprachen zusammenbringen“.

Unsere Delegierten der ersten Woche, Bimal und Angelika, nahmen an mehreren Veranstaltungen zum Klimawandel und zum militärisch bedingten CO₂-Fußabdruck teil. Sie schlossen sich der Friedensallianz um die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (WILPF) an. Die WILPF und ihre Partner organisierten eine Aktion, bei der die militärischen Emissionen als „Elefant im Raum“ skandalisiert wurden. Sie forderten Frieden, Entkolonialisierung, Entmilitarisierung sowie ein Ende der Besetzung der palästinensischen Gebiete. Der Krieg in Gaza und die Forderung nach Waffenstillstand und Frieden wurden zum Prüfstein für die Proteste der Zivilgesellschaft. Auf dem „People’s Plenary“ gab es eindringliche Erklärungen von Delegierten, deren Heimat und Familien – in Palästina, Südsudan, Somalia und andernorts – vom Krieg betroffen sind.

Die Atomlobby

Auf der COP28 verpflichteten sich über zwanzig Staaten – darunter die Atomwaffenstaaten USA, Großbritannien und Frankreich – ihre Atomstrom-Kapazitäten bis 2050 zu verdreifachen. Am Rande der Konferenz unterzeichneten die gastgebenden Vereinigten Arabischen Emirate mit Bill Gates’ Unternehmen TerraPower ein Abkommen über „fortschrittliche Atomreaktoren“ (gemeint sind kleine modulare Reaktoren). Eine Formulierung zum beschleunigten Ausbau von Atomkraftwerken fand sogar Eingang in die Abschlussdokumente.

Doch die Atomenergie ist zu langsam und zu teuer, um einen wirklichen Beitrag zur Abmilderung der Klimakrise zu leisten. Auch die Schäden und Risiken werden konsequent heruntergespielt. Wie der Herausgeber des World Nuclear Industry Status Report, Mycle Schneider, kürzlich in einem Interview mit dem Bulletin of Atomic Scientists sagte, „Sobald man anfängt, Kooperationsabkommen zu unterzeichnen, öffnet das die Ventile für die Weitergabe von nuklearem Wissen. Und das ist ein großes Problem, denn dieses Wissen kann immer auf zwei Arten genutzt



DAS MILITÄR ALS „ELEFANT IM RAUM“: AKTION AUF DER COP28

Fotos: Bimal Khadka

werden: Zum einen militärisch für Atomsprengstoffe, zum anderen zivil für Atomenergie und medizinische Anwendungen. Diese Ventile auf der Basis von Hype oder falschen Versprechungen zu öffnen, ist eine Katastrophe.“

Die „Gesundheits-COP“

Auf der COP28 fand auch der erste Thementag zum Thema Gesundheit statt. Globale Gesundheitsorganisationen, die über 40 Millionen Beschäftigte in diesem Bereich vertreten, forderten einen vollständigen, raschen, gerechten und ausgewogenen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bot in einem Pavillon ein vielfältiges Diskussionsprogramm zu den Zusammenhängen zwischen Klimakrise und Gesundheit. Mehr als 1.900 Gesundheitsfachleute nahmen an der COP teil, darunter fünfzig Gesundheitsminister*innen, womit dieser Bereich einen rekordverdächtigen Anteil von 2,4 % der Konferenzdelegierten stellte.

Unsere Delegierten in der zweiten Woche, Kuria und Knut, beteiligten sich an der Arbeitsgruppe des Globalen Bündnisses für Klima und Gesundheit (GCHA). Das GCHA ist ein Bündnis internationaler Organisationen aus dem Gesundheitsbereich, die sich zusammengeschlossen haben, um in Fragen von Klima und Gesundheit mit einer Stimme zu sprechen. Das Treffen mit der GCHA-Gruppe gab uns die Möglichkeit, mit anderen am COP-Prozess beteiligten Personen in Kontakt zu treten und gemeinsam politische Empfehlungen an die Verhandlungsteams zu richten, um die Position der Gesundheit in den Abschlussdokumenten zu stärken.

Der GCHA-Prozess hat uns im Hinblick auf die COP29 inspiriert. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Gesundheits- und Friedenskoalitionen würde die Botschaft der Prävention als einzige Medizin gegen den Klimakollaps, und gegen Kriege – sowohl atomare als auch konventionelle – stärken.

Ausblick

Der größte Erfolg der COP28 war die Einigung der Delegierten auf einen Fonds für Verluste und Schäden („loss and damage“). Die Tagung endete mit der ersten umfassenden Bestandsaufnahme und neuen globalen Zielen für Anpassungsmaßnahmen („adaptation“). In dieser Hinsicht sind die Texte ein Meilenstein: Nachdem der Begriff „fossile Brennstoffe“ 27 Jahre lang vermieden wurde, ist bei der COP28 endlich die Notwendigkeit anerkannt worden, sich von diesem Hauptfaktor des Klimawandels zu lösen.

Betrachtet man die Ausmaße der Klimakrise und der erforderlichen Maßnahmen, sind die verabschiedeten Texte aber immer noch völlig unzureichend: Eine „Abkehr“ von fossilen Brennstoffen ist nicht genug. Riskante und unausgereifte Technologien zur Emissionsminderung und Kohlenstoffabscheidung sind Schlupflöcher, die weiterhin offen bleiben. Militärausgaben und -emissionen sind weiterhin der Elefant – oder einer von vielen Elefanten – im Raum. Wie unser Delegierter Kuria es formulierte: „Klima und Frieden sind wie in einem Teppich miteinander verwoben – die Klimakrise, die atomare Abrüstung und der Schutz der Menschenrechte sind als Fäden miteinander verknüpft.“

Die UN-Klimakonferenzen geben uns Gelegenheit, öffentlich unsere Stimme gegen die existenziellen Gefahren Atomkrieg und Klimakrise zu erheben. Wir müssen die Fäden mit gemeinsamen Aktionen weiter spinnen, um das öffentliche Bewusstsein für Abrüstung, Klimagerechtigkeit und Gesundheit zu schärfen.

Bimal Khadka (UK),
Dr. Angelika Claußen
(Deutschland), Harrison
Kuria Karime (Kenia)
und Knut Mork Skagen
(Norwegen) waren als
Delegierte für die IPPNW
auf der COP in Dubai.



Die TMA lässt sich nicht zum Schweigen bringen!

Entlassung des Vorstandes der Türkischen Ärztekammer

Am 30. November 2023 hat ein Zivilgericht in Ankara willkürlich elf der angesehensten Ärzt*innen in der Türkei von ihren gewählten Positionen im Vorstand der Türkischen Ärztekammer (TMA), des größten ärztlichen Berufsverbands des Landes, entlassen, darunter auch mich in der Funktion als Vorstandsvorsitzende der TMA. In eklatanter Verletzung internationaler ethischer und menschenrechtlicher Standards wurden wir willkürlich zum Schweigen gebracht und bestraft, nur weil wir unsere beruflichen und ethischen Pflichten ausgeübt haben. Der abgesetzte Vorstand aus unabhängigen Medizinexpert*innen muss umgehend wieder eingesetzt werden.

Die Mitglieder der Türkischen Ärztekammer sind seit langem einer von der Regierung geführten Verfolgung ausgesetzt. Sie haben willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, politisch motivierte und unfaire Prozesse, rechtswidrige Bürodurchsuchungen, willkürliche Entlassungen und Verleumdungen erlitten. Während friedlicher Proteste gegen ein geplantes Bauprojekt auf dem Gelände des Gezi-Parks in Istanbul im Jahr 2013 wurden auch sie zur Zielscheibe staatlicher Gewalt. Als die Polizei mit übermäßigem Gewalteininsatz gegen die Protestierenden vorging, behandelten Ärzt*innen mutig unterschiedslos alle Verletzten, wofür sie vom Staat angegriffen wurden, was eine Verletzung ihrer internationalen Prinzipien der medizinischen Neutralität und der medizinischen Ethik darstellte.

Vor weniger als einem Jahr wurde ich wegen politisch motivierter Anklagen nach drei Monaten Untersuchungshaft zu fast drei Jahren Haft verurteilt. Nach Abzug der Untersuchungshaft wurde meine Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt.

Die gerichtliche Entscheidung zur Absetzung des Vorstandes der TMA stützt sich auf eine Regel, die während der Militärdiktatur der 1980er Jahre geschaffen wurde, um den Willen der türkischen Mediziner*innen undemokratisch zu untergraben und ihre Unabhängigkeit von der Regierung zu beeinträchtigen. Die Entlassung von recht-



Türk Tabipleri Birliği

mäßig und demokratisch gewählten Mitgliedern des Vorstandes der TMA durch das Gericht ist jedoch ein beispielloser Vorgang in der 70-jährigen Geschichte der Vereinigung.

Zusammen mit mir wurden auch die anderen Mitglieder des Vorstandes willkürlich entlassen: Der zweite Vorsitzende Präsident Ali Ihsan Ökten, der Generalsekretär Vedat Bulut sowie die Vorstandsmitglieder Nursel Sahin, Onur Naci Karahancı, Kazım Dogan Erogulları, Alican Bahadır, Ahmet Karer Yurtdag, Adalet Çıbık, Aydın Sirin und Lütfi Tiyekli. Sie hatten 15 Tage Zeit, um gegen das Urteil Berufung einzulegen. Wir wurden alle wegen Verstoßes gegen den Zusatzartikel 2 des Gesetzes der TMA des türkischen Zivilgesetzbuches verurteilt.

Bei der letzten Gerichtsverhandlung verkündete die Justiz unsere Entlassung – nach zwei Pausen, von denen die zweite sehr lang war und mit einem angeblichen Internetverbindungsproblem begründet wurde. Diese zweite Pause dauerte fast anderthalb Stunden, in denen vermutlich Druck auf das Gericht ausgeübt wurde. Auf die Ankündigung der Entlassung folgten die Namen von fünf Delegierten, die ernannt wurden, um die Neuwahlen der TMA innerhalb von 30 Tagen durchzuführen. Selbst die Namen wurden nachlässig vorbereitet, da alle Delegierten von außerhalb Ankaras stammen. Der Arbeitsplan für die Wahlen ist sehr intensiv – es ist unmöglich, dass fünf Personen kommen und die gesamte Arbeit in Ankara organisieren. Das Berufungsverfahren läuft noch. Gericht-

liche Mitteilungen wurden nicht an die anderen fünf Mitglieder gemacht, um uns zu ersetzen. Das heißt, der aktuelle Vorstand der TMA ist weiterhin im Amt. Das bedeutet, dass sie auf das Urteil des Obersten Gerichtshofs warten.

Die justizielle Einmischung in die Arbeit von uns Mediziner*innen ist nicht nur rechtswidrig und unethisch, sie ist auch unverantwortlich. Die Entscheidung, die Führung der TMA zu entlassen, gefährdet den Zugang Tausender Menschen zu ethischer Gesundheitsversorgung in einer Zeit, in der nach Tötung von über 100 Ärzt*innen im Februar-Erdbeben 2023, die Notfallmedizin besonders belastet ist.

Ärzt*innen dürfen nicht für ihr Engagement, für ihre ethischen Verpflichtungen und das Prinzip der medizinischen Neutralität bestraft werden. Wir fordern die sofortige Wiedereinsetzung der Mitglieder des Vorstandes der TMA und ein Ende der staatlichen Schikanen gegen die Ärztekammer.

Vom 09.-23.03.2024 werden IPPNW-Mitglieder im Südosten der Türkei unterwegs sein. Berichte unter: blog.ippnw.de

Prof. Sebnem Korur Fincanci ist eine der führenden Menschenrechtsaktivistinnen der Türkei und international anerkannte forensische Expertin.



Japan setzt weiter auf Atomenergie

Auswertung des Fukushima-Schilddrüsen Screenings

Japan setzt in seinem Energiemix zukünftig wieder auf Atomenergie. Im Mai 2023 hob die japanische Regierung die technische Laufzeitbegrenzung von 60 Betriebsjahren für die bestehenden Reaktoren auf – einzig Sicherheitsüberprüfungen bestimmen jetzt das Abschaltdatum. Bis 2030 sollen so mindestens 30 Reaktoren wieder Strom einspeisen. Anfang Februar 2024 befanden sich in Japan zwölf Atomreaktoren am Netz, weitere 23 sind betriebsbereit, aber noch abgeschaltet.

Die Hochrisikolage Japans als Erdbebengebiet wird dabei bagatellisiert. Das jüngste Erdbeben am 1. Januar 2024 mit der Stärke 7,6 auf der Halbinsel Noto betraf erneut einen Atomstandort – diesmal das AKW Shika mit zwei noch abgeschalteten Atomreaktoren. Es überschritt deren bauliche Erdbeben-Auslegung und in beiden Reaktoren wurden Transformatoren beschädigt. Noch 2023 hatte die Atomaufsicht bestätigt, dass sich keine geologischen Verwerfungen unter dem AKW befinden – diese Einschätzung wurde durch die Wirklichkeit konterkariert. Insgesamt muss sich die Atomaufsicht Fragen zur eigenen fachlichen Unabhängigkeit bzw. zur Einbindung in die Atompläne der Regierung stellen lassen.

In Fukushima hat die Verklappung des kontaminierten Kühlwassers am 24. August 2023 begonnen – mit Rückendeckung der IAEO, aber gegen den Protest von Pazifik-Anrainerstaaten sowie von regionalen Fischer*innen und Umweltschützer*innen. Das verstrahlte Wasser enthält bei der Einleitung noch zahlreiche die Gesundheit gefährdende Nuklide (u. a. Strontium-90), weshalb über die nächsten Jahrzehnte eine permanente Umweltbelastung des Meeres erfolgen wird.

Weitere Zunahme der Schilddrüsenkrebserkrankungen

In die aktuelle Veröffentlichung der Fukushima-Schilddrüsenuntersuchung aus dem November 2023 sind zahlreiche Nachmeldungen von Krebserkrankungen aus 2022 eingegangen, weshalb sich die Anzahl (Inzidenz) der Neuerkrankungen in der fünften Surveyrunde erhöht hat. Neue Daten aus der sechsten Surveyrunde liegen erst rudimentär vor (ippnw.de/bit/sd-screening).

Die Inzidenz von Schilddrüsenkrebs betrug bei Personen unter 25 Jahren vor dem Super-GAU in ganz Japan 0,59/100.000 im Jahr. Bezogen auf das ursprüngliche Untersuchungskollektiv von 300.000 Kindern, wären bis heute (2014–23) etwa 18 erkrankte Kinder zu erwarten gewesen (3

$\times 0,59 \times 10 = 17,7$). Demgegenüber wurden nun seit 2014 offiziell 180 Krebsfälle gezählt. Die Inzidenzen sind im Mittel um den Faktor 20 höher als erwartet ($12,0 / 0,59 = 20,3$).

Politisch besteht kein Interesse an einer umfassenden Datenerhebung oder gar an einem Studiendesign zum Beispiel mit Erhebung bzw. dem Ausschluss von Begleitfaktoren („Confoundern“). Aus der offiziellen Studie fallen diejenigen Kinder heraus, die zwischen den Screenings untersucht oder operiert bzw. an externen Kliniken behandelt wurden. Auch werden Jugendliche von damals, die in die Altersklasse über 25 hineingewachsen sind, seit 2017 in einer separaten Studie (Age 25 Milestone Study) geführt. Seit 2022 werden analog die 30-Jährigen in einer eigenen Studie erfasst und fließen damit ebenso nicht mehr in das Studienergebnis ein. Würden allein diese „ausgelagerten“ Erkrankten hinzugerechnet, kämen noch 35 externe Fälle, 22 Fälle aus der Milestone-25-Studie sowie drei Fälle aus der Milestone 30-Studie hinzu. Insgesamt würde sich so die Gesamtzahl der bisher Erkrankten von 180 auf 205 erhöhen.

Die offizielle Statistik unterschätzt somit die tatsächliche Inzidenz. Es handelt sich um kleine Erkrankungszahlen – gleichwohl zählen Schilddrüsenveränderungen als ein wichtiger Marker für die gesundheitlichen Folgen eines radiologischen Unfalls. Die Aussage der Universität Fukushima zum Studienergebnis bleibt über die Jahre unverändert: Ein Zusammenhang der Krebserkrankungen mit der radioaktiven Verstrahlung durch den Super-GAU wird nicht gesehen. Damit bleiben die Studienautoren ganz auf Linie der Regierung – eine andere Sichtweise würde die zukünftigen Atompläne Japans gefährden.

Survey-Runde	2	3	4	5	6
Zeitraum***	2014-15	2016-17	2018-19	2020-22	2023-24
Maligne oder verdächtige Befunde	71	31	39	39 (11*)	(– **)
Teilnehmer*innen	270.552	217.922	183.352	74.964	(4.956**)
Personenjahre	541.104	435.844	366.704	224.892	(9.912**)
Inzidenz per 100.000	13,1	7,1	10,6	17,3 (4,9*)	

* (erfasste Befunde bis Juni 2022 , veröffentlicht 11/2022),

** (erfasste Befunde bis Juni 2023, veröffentlicht 11/2023),

*** 2012-2013 erfolgte eine erste Reihenuntersuchung zur Bestimmung der Prävalenz.

Dr. Jörg Schmid ist Ansprechpartner für den IPPNW-Arbeitskreis Atomenergie.



Flache Erde: Die Inventarisierung des Urans

Bergbauszenarien für die Atomwirtschaft verschärfen globale Ungleichheiten

Jedes Jahr werden durch menschliche Aktivitäten mehr Sedimente und Gestein bewegt als durch alle natürlichen Prozesse zusammen, Erosion und die Abtragung durch Flüsse eingeschlossen. Der Uranbergbau für die Atomkraft trägt hierzu bei, indem für jede Tonne des sogenannten Yellow Cake ein Vielfaches an Erdmasse bewegt wird, da die durchschnittlichen Uranerzgehalte bei weit unter einem Prozent liegen.

Es sind diese und viele andere Fakten über moderne Mensch-Umwelt-Verhältnisse, anhand derer Wissenschaftler*innen etwa seit der Jahrtausendwende über das Anthropozän diskutieren. Der Begriff bezeichnet die Annahme, dass der menschliche Einfluss auf den Planeten in einer Weise gewachsen ist, dass er ein neues geologisches Zeitalter konstituiert. Seither werden Fragen nach der Sinnhaftigkeit eines solchen Postulats sowie der mögliche Beginn eines geologischen Zeitalters des Menschen diskutiert. Eine Gruppe von Wissenschaftler*innen schlug etwa vor, den Beginn des Anthropozäns mit der global nachweisbaren Verteilung des Fallouts von Atomwaffenexplosionen zu markieren.

Vervielfachung der Atomstromkapazitäten?

Der menschliche Einfluss auf die Zusammensetzung der Atmosphäre und damit der Klimawandel sind wohl die prominentesten und im Hinblick auf die Zukunftsaussichten menschlichen Lebens auf dem Planeten dramatischsten Markierungen eines Zeitalters des Menschen. Schließlich

könnten die Effekte der Klimakrise unserer Spezies schlussendlich den Garaus machen oder das menschliche Überleben auf der Erde zumindest enorm erschweren. In der Debatte über die richtige Strategie, dieser existentiellen Gefahr zu begegnen, wird immer wieder auch die Atomkraft als vermeintliche Lösung propagiert. Ungeachtet der Realitätsferne dieser falschen Strategie stellten sich beim vergangenen Klimagipfel COP28 in Dubai 22 Länder hinter eine Absichtserklärung, die eine Verdreifachung der Stromerzeugungskapazitäten aus Atomenergie bis zum Jahr 2050 anstrebt. Die Folgen eines Wachstums der Atomkraft für die aktuellen und möglichen nächsten Uranbergbaustandorte findet in der öffentlichen Auseinandersetzung nur selten Erwähnung. Dabei schlagen sich Absichtserklärungen dieser Art unter anderem in Form von Spekulationen um mögliche Nachfragesteigerungen nach Uran nieder (s. Forum 174 S. 28f.)

Die OECD Red Books

Innerhalb der Atomindustrie und der ihr zugeordneten internationalen Organisationen werden die zumeist maßlos übertriebenen Zukunftsaussichten der Atomkraft hingegen schon lange mit den bekannten und vermuteten Uranreserven sowie Produktionskapazitäten bestehender Minen ins Verhältnis gesetzt.

Bereits seit 1965 sammelt das Nuclear Energy Agency (NEA) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Daten über Uranbergbau, -exploration und -reserven. Die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) schloss sich den Bemühungen bald an und seither erscheinen etwa alle zwei Jahre die aufgrund der Farbe ihres Ein-

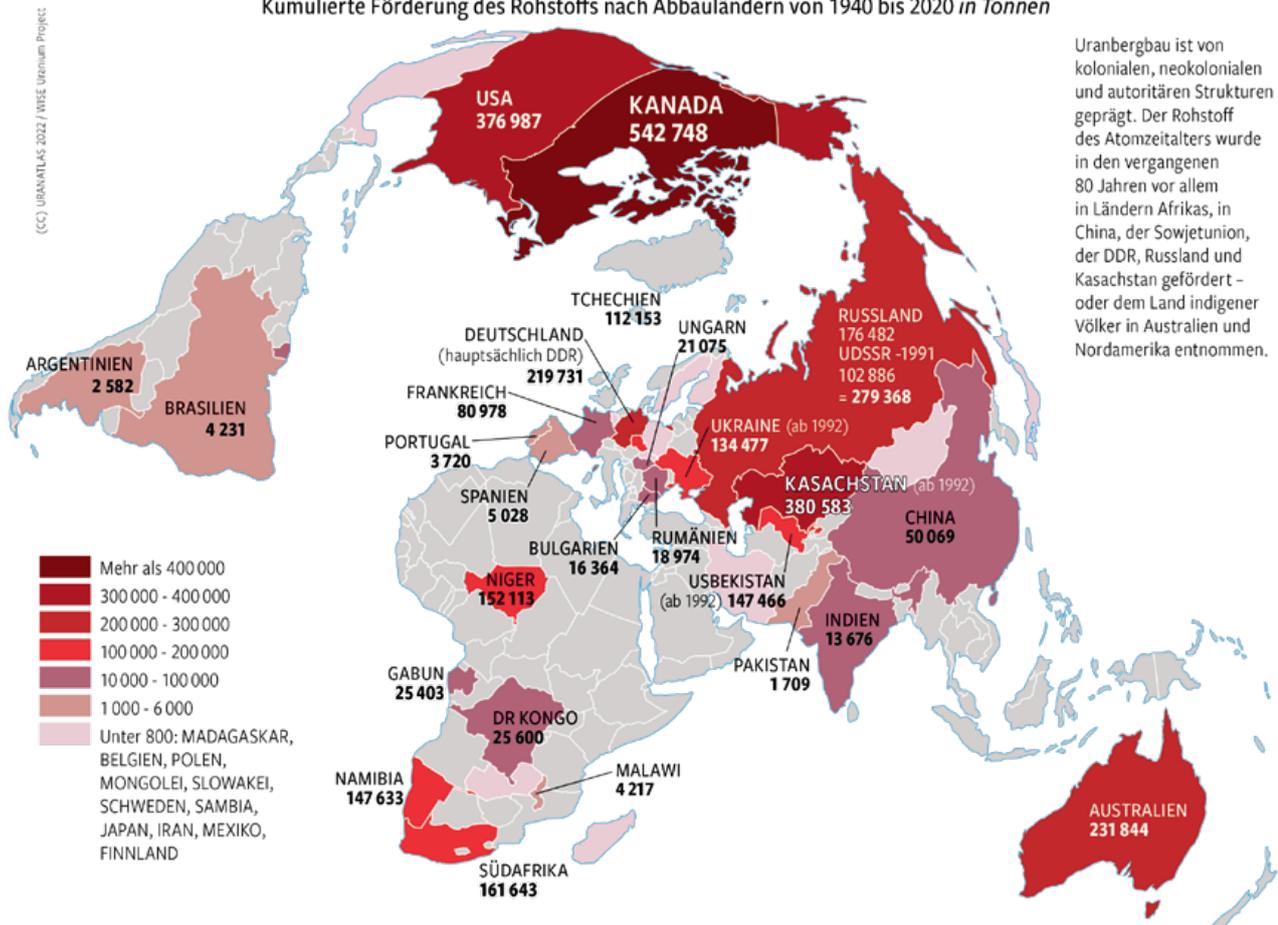
bandes informell „Red Books“ genannten Publikationen über den Rohstoff der Atomindustrie. Die NEA beschreibt die Red Books als „einzige von Regierungen geförderte Publikation und maßgebliche Informationsquelle zu diesem Thema.“ Neben den Bestandsaufnahmen der von Staaten und Bergbauunternehmen gemeldeten Produktionsmengen und Daten über gesicherte und geschätzte Uranreserven übersetzen die Red Books die Zukunftsszenarien der Atomenergienutzung in Urannachfrage und gleichen diese mit der erwarteten Verfügbarkeit des Rohstoffs ab. Als Orientierung gelten die Zukunftsszenarien, in denen die IAEO geringere und größere Wachstumsaussichten in sogenannten „Low-Case“- und „High-Case“-Szenarien bis 2050 gegenüberstellt.

In den vergangenen Jahren gingen die „High-Case“-Szenarien der IAEO immer mindestens von einer Verdopplung der Atomkraftwerkskapazitäten bis 2050 aus. Ein Rückgang, wie sie die Analysen des unabhängigen World Nuclear Industry Status Reports nahelegen, sind hierbei selbst in den „Low-Case“-Szenarien nicht vorgesehen. So wird auch in den Red Books behauptet, „alle glaubwürdigen Modelle“ würden zeigen, „dass die Atomenergie eine wichtige Rolle bei der Dekarbonisierung und für den globalen Klimaschutz spielen“ werde.

Was hieße das für die Uranproduktion?

Doch was würde dies für die Uranproduktion bedeuten? Gegenwärtig wird der weltweite Jahresbedarf an Uran für Atomkraftwerke mit rund 60.000 Tonnen angegeben. Diese Menge wird in dem „Low-Case“-Szenario, das von einer etwa gleichbleibenden weltweiten Atom-

Kumulierte Förderung des Rohstoffs nach Abbauländern von 1940 bis 2020 in Tonnen



kraftwerkskapazität bis 2040 ausgeht, als stabil eingeschätzt. In Anbetracht der Tatsache, dass viele Reaktoren weltweit schon überaltert sind, müssten erhebliche Zahlen von AKW neu gebaut werden, was gegenwärtig kaum umsetzbar scheint. Das noch weitaus unrealistischere „High Case“-Szenario geht von einer sehr großen Neubaurate an AKW mit einem jährlichen Gesamtbedarf von fast 110.000 Tonnen Uran im Jahr 2040 aus. An diesen Zahlen orientiert, hätte eine verdreifachte Atomkraftwerkskapazität im Jahr 2050, wie sie von Atomkraftbefürworter*innen auf der COP in Dubai propagierten, einen jährlichen Uranbedarf von über 180.000 Tonnen und würde damit rasch auf Reserven zurückgreifen müssen, die gegenwärtig in die höchsten Kostenkategorien eingeordnet werden und mitunter enorm geringe Erzgehalte haben. Denn die Geolog*innen der NEA stellen zudem dar, zu welchen Preisen die angenommene Urannachfrage voraussichtlich gedeckt werden könnte, indem sie die Ressourcen nach Kostenkategorien unterteilen.

Im Fall des „High-Case“-Szenarios wären demzufolge 80 Prozent der unteren Kostenkategorie (< 80 USD/kgU) bis 2040 verbraucht. Zwar handelt es sich hierbei mehr um Schätzungen als um harte Zahlen, da die tatsächlichen Kosten und die Wirtschaftlichkeit der jeweiligen Berg-

werke und Bergbauvorhaben von einer Vielzahl von Faktoren abhängen. Aber sie vermitteln Kalkulierbarkeit und Versorgungssicherheit bzw. mahnen periodisch Investitionen in neue Minen und in Explorationen an, um diese aufrechtzuerhalten.

Harmonisierte Zahlen werden der Realität nicht gerecht

Die Bereitstellung dieser Daten und Berechnungen stellt somit nicht nur eine erstaunliche industriepolitische Serviceleistung dar, sondern verfolgt auch eine performative Agenda. Wenn „Ressourcenschätzungen aus einer Reihe verschiedener Länder zu harmonisierten globalen Daten“ kombiniert werden, wie es im aktuellen Red Book heißt, treten die Umweltschäden und die Gesundheitsgefährdungen, die mit dem Bergbau verbunden sind, aber auch die großen Transportstrecken von den Minen zu den folgenden Verarbeitungsschritten in den Hintergrund.

Harmonisierte weltweite Zahlen unterstellen eine „flache Erde“, nicht im Sinne der verschwörungsgläubigen „Flat Earther“, sondern, indem die Verfügbarkeit und Förderbarkeit der weltweiten Uranressourcen einzig im Verhältnis von Geologie und Marktpreisen gedacht wird. Schemata aus geologischen Daten und Kostenberechnungen glätten und überdecken die

Unterschiede in den Lebensrealitäten derjenigen, die Atomenergie und atomare Abschreckung propagieren und derjenigen, deren Gesundheit und Lebensgrundlage von Uranbergwerken bedroht werden. In diesem Bild bleibend leben wir vielmehr auf einem von menschengemachten Ungleichheiten zerklüfteten Planeten.

Die einen tragen die Verantwortung für den ökologischen Kollaps, während die anderen schon jetzt direkt von den Folgen betroffen sind. Bei den Strategien gegen die Klimakrise gilt es genau hinzusehen, wer welche Lasten zu tragen haben wird. Wer auf Atomkraft setzt, verschärft die globale Ungleichheit.

Quellenangaben zu diesem Artikel finden Sie hier: ipnw.de/bit/uran



Patrick Schukalla ist Referent der IPPNW für Atomausstieg, Energie- und Klima.



KARINA LESTER (AUSTRALIEN)

Kontroverse um die atomare Abschreckung

—Die zweite Konferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag in New York—

Bei einem Blick in die Zeitungen erscheint es momentan kaum vorstellbar, dass es positive Nachrichten im Bereich Atomwaffen geben könnte. Doch tatsächlich kamen Ende November 2023 im Hauptsitz der UN die Vertreter*innen der Vertragsstaaten des Atomwaffenverbotsvertrags zu ihrer zweiten Konferenz (2MSP) zusammen.

Die erste Vertragsstaatenkonferenz hatte im Juni 2022 mit der Verabschiedung des sogenannten „Vienna Action Plan“ geendet, kurz darauf nahmen verschiedene Arbeitsgruppen zu Einzelaspekten des Atomwaffenverbotsvertrages (AVV) die Arbeit auf. Die bisherigen Ergebnisse dieses Prozesses wurden nun in New York präsentiert und diskutiert. Dabei blieben die Staaten nicht unter sich, sondern boten der Zivilgesellschaft und insbesondere den Überlebenden der Atomwaffeneinsätze und -tests Möglichkeiten, mitzureden. Mit dabei war eine große Delegation der IPPNW, darunter sechs Delegierte aus Deutschland. Wir nahmen am Plenum der Konferenz teil, sowie an den vielen Side Events und um die Konferenz herum organisierten Kulturveranstaltungen.

Humanitäre Folgen im Mittelpunkt

Überall standen die humanitären Folgen von Atomwaffen im Mittelpunkt und die Erfahrungen und das Wissen, das die Überlebenden in die Debatte einbringen können. Dabei ist es wichtig, gerade auch für unsere Arbeit in Deutschland, dass Überlebende nicht in eine passive Opferrolle gedrängt werden, sondern als poli-

tische Aktivist*innen anerkannt werden. So forderte Karina Lester, Überlebende der zweiten Generation aus Australien, in der Generaldebatte: „Wir wollen, dass die heutigen Regierungen den Schaden anerkennen, den sie unseren Gemeinschaften, unserem Volk und unserem traditionellen Land zugefügt haben. Wir wollen Respekt und wir wollen Gespräche über Wiedergutmachung beginnen.“

Auch wir in Deutschland müssen Verantwortung für die angerichteten Schäden übernehmen. Diese Verantwortung beginnt hier bei uns im Erzgebirge, wo Anwohner*innen und Arbeiter*innen des Uranabbaus für das sowjetische Atomwaffenprogramm bis heute nicht angemessen entschädigt wurden. Doch auch für die Schäden durch Atomtests hat Deutschland eine Mitverantwortung – nicht zuletzt, weil die Entscheidung für die nukleare Teilhabe in der Zeit der überirdischen Atomwaffentests getroffen wurde. Und das, obwohl die Konsequenzen dieser Waffen und dieser Tests bereits bekannt waren: Ein Jahr vor der Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen in Deutschland hatten die Marshallinseln zum ersten Mal eine Petition bei der UN eingereicht, dass die USA aufgrund der humanitären Folgen zu einem Ende der Tests gedrängt werden müssten.

Das deutsche Statement in New York

Tatsächlich war es ein Erfolg der deutschen Zivilgesellschaft und unserer IPPNW-Arbeit, dass Deutschland beobachtend an der Konferenz in New York teilnahm – insbesondere, da weniger NATO-Staaten teilnahmen als 2022 in Wien. In ihrem Statement versprach die deutsche Vertreterin Susanne Riegraf die Unterstützung von Projekten zur Opferhilfe und Umweltsanierung durch das Auswärtige Amt.

Darüber hinaus gab das deutsche Statement wenig Anlass zur Freude, denn Riegraf bekräftigte das Bekenntnis zur nuklearen Teilhabe und forderte unterschiedliche Standards im AVV für verschiedene Staaten. „Vernünftige“ Atomwaffenstaaten müssten anders behandelt werden als „unvernünftige“ wie etwa Russland und China. Diese Forderung sorgte für Verständnislosigkeit im Raum, denn sie untergräbt das Ziel der Abschaffung aller Atomwaffen. Und sie suggeriert, dass es verantwortungsvolle Atomwaffenstaaten geben könne – ein Affront gegen die anwesenden Betroffenen britischer, französischer und US-amerikanischer Atomwaffentest.



JAPANISCHE ATOMWAFFENÜBERLEBENDE BEI DER 2MSP

So lässt sich die politische Abschluss-
erklärung der Konferenz auch als
Antwort auf die deutsche Rede verstehen:
Erstmals wird in dieser die nukleare Ab-
schreckung als Sicherheitsproblem identi-
fiziert und angegangen. „Wir, die Vertrags-
staaten des AVV, werden den wachsenden
nuklearen Risiken und der gefährlichen
Aufrechterhaltung der nuklearen Abschre-
ckung nicht tatenlos zusehen“, so steht es
im letzten Absatz des Dokuments. Zudem
wurde eine neue Arbeitsgruppe zur Bear-
beitung und Delegitimierung von Abschre-
ckungsnarrativen geschaffen.

Die fatale Diskussion um die Euro- Bombe

Wie wichtig die Arbeit dieser Gruppe wird,
zeigt die aktuelle Debatte in Deutsch-
land. Noch während der Konferenz zum
Atomwaffenverbot forderte die FDP das
Ende der deutschen Teilnahme an diesen
Konferenzen als stärkendes Signal für die
NATO. Kurz danach startete Joschka Fi-
scher im Spiegel eine Diskussion darum,
ob Europa eigene Atomwaffen braucht.
Spätestens seit Donald Trump die Bünd-
nisverteidigung der NATO in Frage gestellt
hat, wird die Frage nach europäischen
Atomwaffen breit diskutiert. Ein fatales
Signal angesichts des desolaten Zustands
des nuklearen Rüstungskontrollregimes!

Eine europäische oder gar deutsche
Atombombe würde gegen den Nuklearen
Nichtverbreitungsvertrag (NVV) verstoßen
und diesem vermutlich den Todesstoß ge-
ben – mit unabsehbaren Folgen für weite-
re nukleare Begehrlichkeiten. Tatsächlich

sind die wenigen konkreten Vorschläge für
eine europäische Abschreckung besten-
falls fragwürdig, was ihre Umsetzbarkeit
betrifft. Dennoch ist bereits die Debatte
schädlich, zeigt sie doch, dass lieber über
„rotierende Atomkoffer“ diskutiert wird als
über alternative Sicherheitskonzepte. Der
Glaube an die nukleare Abschreckung ist
zu tief verankert und die vielen Probleme,
die mit Atomwaffen einhergehen, werden
kaum beachtet: die katastrophalen huma-
nitären Folgen, die jeder Einsatz hätte.
Sie sind in Japan und in den ehemaligen
Testgebieten zu sehen und werden doch
ignoriert.

Der Kontrast in der Weltgemeinschaft
könnte kaum höher sein zwischen jenen
Staaten, die in ihren Sicherheitsdoktrinen
nach wie vor auf Atomwaffen setzen und
jenen Staaten, die gerade in diesen Waf-
fen die größte Bedrohung ihrer Sicherheit
sehen. Während die einen immer weiter
in die nukleare Rüstungsspirale rutschen
und die Welt weiter an den nuklearen Ab-
grund schieben, treffen sich die anderen,
um diesem Wahnsinn etwas entgegenzu-
setzen und jenen Gehör zu schenken, die
am besten wissen, was all das bedeuten
kann: die Überlebenden der Atomwaffen-
einsätze und -tests. Und tatsächlich kön-

nen sie einen kleinen Erfolg verbuchen,
um einen Lichtschimmer in die aktuelle
Diskussion zu werfen. Der Atomwaffen-
verbotsvertrag, der seit 2021 in Kraft ist,
würde einer EU-Bombe im Wege stehen,
da mit Österreich, Irland und Malta be-
reits drei EU-Staaten beigetreten sind und
jegliche nukleare Bewaffnung der EU ver-
hindern müssen. Das mag nur ein kleiner
Trost sein, doch bei viel Gegenwind kann
auch eine kleine Stütze dazu beitragen,
dem Sturm nachhaltig zu trotzen.

**Informationen zur 2MSP finden Sie
auf den Seiten von ICAN (Englisch):**
[icanw.org/tpnw_2msp_conclusion](https://www.icanw.org/tpnw_2msp_conclusion)

ICAN | Darren Ormiz



Juliane Hauschulz
ist IPPNW-
Campaignerin
im Bereich
Atomwaffen.





Oren Ziv arbeitet
als Fotograf und
Reporter für das
+972 Magazine:
www.972mag.com

Israelis for Ceasefire

Friedensproteste und Repressionen in Israel

Am Abend des 16. Januar 2024 versammelten sich dutzende Friedensdemonstrant*innen vor der Kirya, dem israelischen Verteidigungsministerium in Tel Aviv. Es war eine der ersten jüdisch-israelischen Demonstrationen seit Beginn des Krieges, die den Angriff des israelischen Militärs auf den Gazastreifen ausdrücklich verurteilte. Die Polizei jedoch verhinderte, dass die Kundgebung am vorgesehenen Ort stattfinden konnte. Sie konfiszierte Protestschilder mit der Aufschrift „Stoppt das Massaker“ mit der Begründung, dies beleidige die öffentliche Meinung. Ein Aktivist wurde in Gewahrsam genommen, mehrere andere von der Polizei angegriffen. Aufgrund des Risikos, körperlich angegriffen oder verhaftet zu werden, haben sowohl palästinensische als auch jüdische Aktivist*innen Angst, auf die Straße zu gehen. Ein Aktivist der Gruppe „Free Jerusalem“ erklärt: „Die öffentliche Meinung und die Äußerungen der politischen Führung Israels haben sich nach rechts verschoben. Das hat den Grad der Angst und Beunruhigung erhöht.“



Oren Ziv ist Fotojournalist, Reporter für *Local Call* und Gründungsmitglied des Fotokollektivs *Activestills*. Er berichtet seit 18 Jahren über soziale und politische Themen in Israel und Palästina.



Foto: © Oren Ziv / Local Call – Quelle: www.972mag.com/israel-police-repression-protests-gaza

„Dieser Krieg ist ein Test für unsere Menschlichkeit“

— Interview mit Lina Qasem-Hassan von Physicians for Human Rights Israel (PHR Israel) —

Die Ärztin Lina Qasem-Hassan sollte eine medizinische Delegation nach Gaza begleiten. Dann brach der Krieg aus, und sie behandelte israelische Überlebende (Interview vom 16.11.2023).

Momentan haben israelische Panzer Al-Shifa, das größte Krankenhaus des Gazastreifens, umstellt und dringen in den Komplex ein. Inzwischen steht das gesamte Gesundheitssystem im nördlichen Teil des Streifens kurz vor dem Zusammenbruch, und die Krankenhäuser im Süden sind nicht weit davon entfernt. Wie reagieren Sie als PHR, Ihre Partner vor Ort und in aller Welt auf die Krise?

Alle roten Linien sind überschritten worden. Ich persönlich fühle mich sehr hilflos. Die ganze Welt sieht einfach zu, wie Krankenhäuser angegriffen werden, als ob palästinensische Leben nicht gerettet werden sollten. Krankenhäuser anzugreifen, ist nach internationalem Recht verboten, aber niemand unternimmt etwas, um Israels Verstöße zu stoppen. Wir von PHR Israel bemühen uns sehr, zu reden, zu schreiben und mit den richtigen Leuten in Kontakt zu treten, aber wir können diese Angriffe nicht aufhalten. Was wir in Al-Shifa erleben, ist nicht mehr nur eine humanitäre Katastrophe: Es ist ein kollektives Todesurteil.

Seit mehr als einem Monat beobachte ich die Katastrophe, die sich vor unseren Augen in Gaza abspielt, und ich denke auch immer wieder an die schrecklichen Ereignisse vom 7. Oktober. Ich bin wütend und tief traurig und ringe mit Gefühlen, die widersprüchlich erscheinen mögen. Ich stelle mir so viele Fragen. Ich habe das Gefühl, dass dies ein Test für unsere Werte und unsere Menschlichkeit ist.

Warum sind Sie ans Tote Meer gegangen, um Überlebenden des 7. Oktober zu helfen?

Unmittelbar nach den Massakern der Hamas erhielt PHR Israel die ersten Bitten von Überlebenden um Hilfe. Wir eröffneten am 9. Oktober eine Klinik. Wir waren da und arbeiteten, noch bevor die staatlichen Kliniken eingerichtet wurden. Unsere Klinik versorgte die Überlebenden des Kibbutz Be'eri. Ich besuchte unsere Klinik zwei Tage nach ihrer Eröffnung. Ich hatte das Gefühl, als Mensch, als Ärztin und als Vorsitzende von PHR Israel dort sein zu müssen, um medizinische Hilfe zu leisten und meine Solidarität mit ihrem Schmerz zum Ausdruck zu bringen – dem menschlichen Schmerz, unabhängig von der Nationalität oder Religion der Menschen. Es war auch wichtig für mich, das PHR-Team zu unterstützen, denn einige von ihnen haben bei dem Angriff Angehörige und Freunde verloren.

Wie war die Situation in der Klinik?

Das ist wirklich schwer zu beschreiben. Als ich reinkam, fühlte ich mich wie in einem Flüchtlingslager. Ich betrat dieses schicke neue Hotel, aber alle Menschen dort wirkten verloren. Man konnte die Angst und Verzweiflung in ihren Augen sehen. Sie sind alle traumatisiert. Jeder aus dem Kibbutz befand sich in einem Schockzustand. Sie wussten buchstäblich nicht, wer noch lebte, wer tot und wer entführt worden war.

Wir brachten den Überlebenden, insbesondere den älteren Menschen, Medikamente. Einige der älteren Menschen dort erzählten mir, dass sie sich am 7. Oktober mehr als 20 Stunden lang mit ihren Betreuern in ihren Schutzräumen versteckt hatten, ohne Wasser oder Medikamente.

Das Absurde daran ist, dass ich am nächsten Tag mit einer Delegation von PHR in Gaza sein wollte. Stattdessen bin ich mit derselben Ausrüstung, die ich nach Gaza bringen wollte, ans Tote Meer gefahren. Ist das symbolisch? Oder einfach nur absurd? Ich weiß es nicht.

Das Härteste, was ich dort erlebte, waren die täglichen Versammlungen, die sie das „Bad News Forum“ nannten. Jeden Tag versammelten sich die Überlebenden im Konferenzraum des Hotels. Die Kibbutzleitung saß mit zwei Listen auf der Bühne und begann, Namen zu verlesen. Die erste Liste enthielt die identifizierten und als tot bestätigten Personen, die zweite die noch vermissten Personen. Jeden Tag wurden die Namen von der zweiten Liste auf die erste übertragen. Auf der Liste der Toten hörte ich, wie die Namen ganzer Familien verlesen wurden: Vater, Mutter, Kinder und Enkelkinder. Es war furchtbar. Und als ich all die Namen hörte, konnte ich nicht anders, als darüber nachzudenken, wer wohl die Namen der toten Familien in Gaza verliert. In Gaza sind Menschen unter Trümmern gefangen, und niemand kennt ihre Namen, niemand wird sie von einer Liste vorlesen. Ich habe volles Mitgefühl mit den Opfern des 7. Oktober und ihren Familien; mein Herz schlägt auch für die Opfer in Gaza und ihre Familien, einschließlich meiner eigenen Familie.

Haben Sie Familie in Gaza?

Ja, die Geschwister meiner Schwägerin leben in Gaza. Ihr Bruder wurde bei den ersten israelischen Luftangriffen am 7. Oktober getötet. Am ersten Tag des Krieges hörte ich gegen 13 Uhr Maali, meine Schwägerin, schreien und weinen. Ihr Bruder Marwan war Krankenwagenfahrer und

Sanitäter im European Hospital in Khan Younis. Er fuhr hinaus, um Verletzte ins Krankenhaus zu bringen. Elf Krankenwagen wurden an diesem ersten Tag getroffen. Sein Krankenwagen war einer davon, und er starb auf der Stelle.



DAS TEAM VON PHR ISRAEL

Welche Art von Arbeit hat PHR Israel vor diesem Krieg in Gaza geleistet?

Seit 2006 haben wir etwa alle zwei Monate Delegationen nach Gaza entsendet. Unsere Präsenz hat sich als Rettungsanker für viele Patient*innen in Gaza erwiesen. Die Delegation besteht in der Regel aus 30 Mitgliedern – zur Hälfte aus Psycholog*innen und zur Hälfte aus Ärzt*innen anderer Fachrichtungen: Chirurgie, Augenheilkunde, Pädiatrie und Gynäkologie.

Wir haben in Flüchtlingslagern eine offene Klinik betrieben und medizinische Sprechstunden für diejenigen angeboten, die bisher keinen regelmäßigen Zugang zur medizinischen Versorgung hatten. Zusätzlich zu diesen aufsuchenden Initiativen führten die Delegationen Operationen in den Krankenhäusern des Gazastreifens durch und versorgten die Bedürftigen mit wichtigen medizinischen Eingriffen.

Eine besonders bemerkenswerte Leistung ist die Nierentransplantation von einem lebenden Spender, die wir dieses Jahr in Gaza durchgeführt haben. Ich war beeindruckt von der überwältigenden Großzügigkeit und Schönheit der Menschen in Gaza, trotz ihres bescheidenen Lebensstils. Aber ich habe auch direkt erfahren, welche immensen Härten und Folgen die anhaltende Belagerung für ihr tägliches Leben hat – diese Härten dominierten überall, wo wir hinkamen.

Sie und Ihre Kolleg*innen arbeiten als palästinensische Ärzt*innen in Israel. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Heutzutage ist es sehr schwierig. Medizinische Teams mit Ärzt*innen wie mir, die palästinensische Bürger*innen Israels

sind und in israelischen Krankenhäusern arbeiten, werden vom Staat politisch verfolgt, eingeschüchtert und zum Schweigen gebracht, genau wie alle Palästinenser*innen in Israel. Palästinensischem Schmerz wird keine Legitimität zugestanden. Es ist nicht legitim, Mitgefühl mit den zivilen Opfern in Gaza zu zeigen, nicht einmal mit den Kindern. Es ist nicht legitim, zu einem Waffenstillstand aufzurufen. Das macht unsere Arbeit umso schwieriger. Palästinenser*innen spielen im israelischen Gesundheitssystem eine entscheidende Rolle: Wir stellen 30 % der Ärzt*innen, 30% des Pflegepersonals und etwa 40% der Apotheker*innen, und wir alle werden in diesen Tagen beobachtet. Das Gesundheitssystem geht mit einer McCarthy'schen Hexenjagd gegen Palästinenser*innen vor. Es gibt viele Fälle von Einschüchterung und Verfolgung von medizinischem Personal: Nach Angaben von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die politische Verfolgung am Arbeitsplatz seit Kriegsbeginn überwachen, betreffen etwa 20 % der gemeldeten Fälle medizinische Teams. Das ist nicht ganz neu. Wir wurden immer gebeten, unsere Arbeit zu machen, aber unsere Gefühle und politischen Ansichten zu Hause zu lassen. Aber jetzt ist es noch viel schlimmer.

Medizinisches Personal wird beschuldigt, den Terror zu unterstützen, weil es einen Beitrag in den sozialen Medien geliked hat, oder weil es Mitgefühl mit palästinensischen Schmerzen und Leiden gezeigt hat. Wir können uns nicht an einer intellektuellen oder moralischen Diskussion über den Krieg beteiligen. Von uns wird erwartet, dass wir die Hamas verurteilen und uns dem patriotischen

israelischen Militärausch anschließen, während wir schweigend zusehen, wie unsere jüdischen Kolleg*innen die Zerstörung von Krankenhäusern, die Tötung unschuldiger palästinensischer Zivilisten und die Verschärfung der Blockade bejubeln. Obwohl ich ans Tote Meer gefahren bin und den Bewohnern des Kibbuz Be'eri geholfen habe, obwohl ich die Gräueltaten der Hamas verurteilt habe, wird von mir verlangt, dass ich [die Anschläge vom 7. Oktober] jeden Tag aufs Neue verurteile. Ich kann mich nicht immer wieder erklären.

Vor ein paar Wochen ist in meiner eigenen Klinik etwas Bemerkenswertes passiert. Normalerweise teile ich keine Nachrichten oder Beiträge über meine öffentlichen Aktivitäten mit PHR Israel in der WhatsApp-Gruppe der Klinik, weil ich weiß, dass das kontrovers sein würde – ich habe jüdische und arabische Patient*innen und Kolleg*innen. Dieses Mal beschloss ich nach meiner Rückkehr vom Toten Meer, ein Bild zu teilen und ein paar Worte über die Arbeit von PHR dort zu schreiben. Eine jüdische Krankenschwester antwortete mir: „Menschenrechte gelten nur für die Einwohner des Staates Israel.“ So ist die Atmosphäre jetzt, in meiner Klinik und in Israel. Die mehr als zwei Millionen Menschen in Gaza werden nicht als Menschen angesehen. Schmerz und Menschenrechte gehören nur einer Seite.

Lina Qasem-Hassan, Fachärztin für Familienmedizin und palästinensische Bürgerin Israels, ist Vorsitzende von Physicians for Human Rights Israel. Das Interview führte Ghousoon Bisharat.

Dies ist eine gekürzte Version des Interviews vom 16.11.23 im +972 Magazine: ippnw.de/bit/972mag



EVAKUIERUNG DES NASSER-HOSPITALS



EINE UN-DELEGATION INSPIZIERT DAS AL-AMAL HOSPITAL



Die Zerstörung des Gesundheitswesens in Gaza

— PHR Israel fordert Untersuchung der israelischen Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen —

Ein Positionspapier der Physicians for Human Rights Israel befasst sich mit den Angriffen des israelischen Militärs auf das Gesundheitssystem in Gaza. Wir dokumentieren einen Auszug aus dem Papier.

Am 7. Oktober verübten militante Hamas-Anhänger einen mörderischen Anschlag mit der ausdrücklichen Absicht, Zivilist*innen anzugreifen. Hunderte von Männern, Frauen und Kinder wurden abgeschlachtet, von den 250 israelischen Geiseln werden 129 noch immer in Gaza festgehalten. (...) Seit den Angriffen der Hamas hat Israel eine Militäroffensive auf den Gazastreifen begonnen. Bis zum 12. Februar 2024 gab es über 28.340 Tote und 67.984 Verletzte, fast zwei Millionen Vertriebene und eine unbekannte Zahl von Vermissten, von denen viele vermutlich unter den Trümmern der bombardierten Gebäude begraben sind. Angesichts der Schwere der Krise ist ein funktionierendes Gesundheitssystem von größter Bedeutung, da es eine zentrale Rolle bei der Behandlung von Verletzten und Kranken sowie bei der Bewältigung von Problemen der öffentlichen Gesundheit spielt. (...)

Das Ausmaß des israelischen Angriffs auf das Gesundheitssystem des Gazastreifens wird in einem Kurzbericht des palästinensischen Gesundheitsministeriums deutlich, der die Ergebnisse des Krieges bis Ende 2023 skizziert: 142 Gesundheitseinrichtungen wurden angegriffen, wodurch 30 Krankenhäuser und 53 Kliniken außer Betrieb gingen. Darüber hinaus wurden 326 Gesundheitskräfte getötet, 350 verletzt und 99 verhaftet. Die Krankenhäuser im Norden Gazas waren für längere Zeit ganz außer Betrieb, obwohl die Zahl der Verwundeten weiter zunahm. Die Krankenhäuser, die anschließend ihren Betrieb wieder aufnehmen konnten, taten dies mit eingeschränkter Kapazität.

Der israelische Angriff hat der medizinischen Infrastruktur des Gazastreifens beispiellosen Schaden zugefügt. Derzeit sind nur acht von 36 Krankenhäusern und medizinischen Einrichtungen in Gaza betriebsbereit. Sie sind personell stark unterbesetzt, es fehlt ihnen an lebenswichtiger Ausrüstung und sie arbeiten mit der doppelten Kapazität. Die Krankenhäuser und medizinischen Einrichtungen sind aufgrund mehrerer Faktoren außer Gefecht gesetzt, darunter die Einkreisung durch die israelischen Streitkräfte, die die Bewegungsfreiheit des Personals einschränkt, ein kritischer Mangel an Treibstoff, Strom und Medikamenten aufgrund der vollständigen Blockade des Gazastreifens durch Israel sowie Zwischenfälle mit direktem Beschuss und militärischen Angriffen. Für über 22 medizinische Einrichtungen im nördlichen Gazastreifen wurden Evakuierungsanordnungen erlassen. Berichten des palästinensischen Gesundheitsministeriums zufolge haben 52 von 72 Kliniken ihren Betrieb eingestellt, die übrigen funktionieren nur teilweise. Nach Angaben der WHO hat die Schädigung der Krankenhäuser zu einem starken Rückgang der Bettenzahl geführt, von 3.500 auf derzeit 1.400. (...)

Die massiven Schäden der letzten Wochen deuten darauf hin, dass die Krankenhäuser im nördlichen Gazastreifen zu einem vorsätzlichen Ziel geworden sind. Den von Human Rights Watch gesammelten Daten und Zeugenaussagen zufolge wurden das Al-Quds-Krankenhaus, das Al-Nasr-Kinderkrankenhaus und das International Eye Care Center innerhalb des ersten Kriegs-

monats angegriffen, was zur vollständigen Zerstörung des letzteren führte. Auch das Al-Rantisi Kinderkrankenhaus, Al-Shifa und das indonesische Krankenhaus wurden durch die Bombardierungen beschädigt. Zahlreiche Patient*innen, Angehörigen und Tausende von Vertriebenen, die in den Krankenhäusern Zuflucht gesucht hatten, wurden getötet oder verwundet. Infolgedessen verloren die Krankenhäuser, die als sichere Zufluchtsorte gedacht waren, nicht nur ihre Fähigkeit, Patient*innen zu versorgen, sondern wurden häufig zu Todesfallen. (...)

Als Besatzungsmacht ist Israel verpflichtet, den ununterbrochenen Betrieb der Gesundheitseinrichtungen in Gaza zu gewährleisten und das medizinische Personal, Kranke und Verwundete zu schützen. (...) Bloße Besorgnisbekundungen und Verurteilungen seitens der internationalen und medizinischen Gemeinschaft reichen nicht aus. Um die völlige Zerstörung des Gesundheitssystems in Gaza abzuwenden, sind entschlossene Maßnahmen unerlässlich. Das israelische Militär muss die Blockade unverzüglich, umfassend und endgültig aufheben und den Zugang zu lebenswichtigen Gütern wie Medikamenten, medizinischer Ausrüstung, Treibstoff, Lebensmitteln und sauberem Wasser ermöglichen. Es ist von entscheidender Bedeutung, jede weitere Schädigung medizinischer Einrichtungen zu verhindern. (...) Darüberhinaus muss die systematische Beschädigung des Gesundheitssystems in Gaza durch Israel als mögliches Kriegsverbrechen untersucht werden.

„The destruction of Gaza’s Healthcare Infrastructure“, von Lama Bakri, Hadas Ziv, Guy Shalev and Ghada Majadli, PHR Israel: ipnw.de/bit/PHRI



GAZA, NOVEMBER 2023

Waffenlieferungen an Israel stoppen

— Deutschland macht sich mitschuldig an Kriegsverbrechen —

Deutschland hat eine lange Geschichte von Rüstungsbeziehungen mit Israel. In jüngster Zeit haben Deutschland und Israel einen Vertrag über den Verkauf des Raketenabwehrsystems Arrow 3 des staatlichen israelischen Rüstungskonzerns IAI an Deutschland ausgehandelt. Das Geschäft kostet vier Milliarden Euro, eine skandalöse Summe, wenn man bedenkt, dass Prof. Frank Sauer von der Bundeswehr-Universität argumentiert, dass das Arrow-3-System zum Abfangen ballistischer Raketen außerhalb der Erdatmosphäre entwickelt wurde und dass Russland nicht über solche Raketen verfügt. Noch schlimmer als die Geldverschwendung ist, dass Deutschland damit einen drohenden Völkermord finanziert. Namhafte Holocaustforscher wie Prof. Raz Segal, aber auch Expert*innen der UN warnen seit Monaten vor einem Genozid Israels in Palästina. (ippnw.de/bit/segal, ippnw.de/bit/scholars)

Der israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant erklärte am 9. Oktober 2023, dass die Palästinenser „menschliche Tiere sind und entsprechend behandelt werden. Sie werden keine Nahrung, kein Wasser, keinen Strom und keine Medikamente erhalten.“ Dieses Zitat trug dazu bei, dass der Internationale Gerichtshof ankündigte, zu untersuchen, ob Israel das Verbrechen des Völkermordes im Sinne der „Internationalen Konvention über die Verhütung des Völkermordes“, die auch Deutschland unterzeichnet hat, begangen hat. Zehn Tage später lud der deutsche Verteidigungsminister Pistorius Yoav Gallant nach Berlin ein, um den Vertrag über den Kauf von Arrow 3 zu unterzeichnen.

Boris Pistorius kündigte auch an, dass zwei der Heron-TP-Kampfdrohnen, die die Bundeswehr von Israel geleast hat und die 2,7 Tonnen Munition tragen können, in den Dienst der israelischen Armee gestellt werden. Und dies, obwohl diese den Gazastreifen bombardiert und israelische Geheimdienstler zugegeben haben, dass Israel

absichtlich zivile Strukturen bombardiert, die als „Machtziele“ bezeichnet werden, als Teil einer Strategie, die darauf abzielt, die palästinensische Bevölkerung in Gaza zu demoralisieren (ippnw.de/bit/972).

Die Bundesregierung hat zudem seit November 2023 die Exportgenehmigungen für Israel drastisch erhöht, der Umfang hat sich mit 306 Millionen Euro gegenüber 2022 mehr als verzehnfacht. Die Bundesregierung prüft zudem eine Exportgenehmigung für 120-mm-Panzergeschosse nach Israel. Israelische Panzerbataillone setzen sie im südlichen Gazastreifen ein, in einem Gebiet, aus dem palästinensische Zivilist*innen evakuiert werden sollten, um nicht getötet zu werden. Am 1. Februar 2024 tötete laut der Washington Post ein israelischer Panzer die sechsköpfige palästinensische Familie Hamada in ihrem Auto in der Nähe von Gaza-Stadt. Die sechsjährige Hind Rajab überlebte als einzige und flehte am Telefon des Roten Halbmonds um Hilfe. Dieser schickte einen Krankenwagen, der jedoch ebenfalls angegriffen wurde. Tage später wurden die Leiche des Mädchens und der ausgebrannte Krankenwagen gefunden. Ein israelischer Panzer, der mit möglicherweise aus Deutschland gelieferten 120-mm-Granaten bestückt ist und eine Familie tötet, ist sowohl ein moralischer als auch ein rechtlicher Grund, Munitionslieferungen zu stoppen.

Eine parlamentarische Anfrage ergab am 17.01.2024, dass Deutschland 500.000 Geschosse aus leichten Waffen an Israel verkauft hat. Leichte Waffen werden von den israelischen Streitkräften auch in großem Umfang eingesetzt, wie etwa bei dem Überfall israelischer Attentäter, die sich als medizinisches Team des Ibn-Sina-Krankenhauses in Jenin getarnt hatten und drei Patienten ermordeten. (ippnw.de/bit/jenin)

Die israelische Regierung setzt den Hunger als Kriegswaffe gegen die Zivilbevölkerung in Gaza ein und lässt sie absichtlich hungern. Dennoch gehörte die deutsche

Regierung zu den ersten, die beschlossen, die Mittel für die größte und effektivste Hilfsorganisation im Gazastreifen, UNRWA, einzustellen. Die Bevölkerung ist dringend auf Lebensmittel, Wasser und medizinische Versorgung durch UNRWA angewiesen. Die Kürzung von Nahrungsmitteln in Zeiten, in denen der IGH eine Anklage wegen Völkermordes gegen Israel untersucht, wirft die Frage auf, ob sich Deutschland bei Kriegsverbrechen mitschuldig macht.

Die Entscheidung, die Mittel für UNRWA zu kürzen, ist höchst heuchlerisch, denn Deutschland hat die Mittel für die israelischen Streitkräfte nicht gekürzt, die zahllose Gräueltaten begangen haben. Im Gegensatz zur UNRWA werden mutmaßliche Kriegsverbrechen israelischer Soldat*innen weder untersucht noch bestraft. Nach Berichten von verhafteten Palästinenser*innen setzt Israel bei den Verhören physische und psychische Folter ein. Sollten die Informationen über die angebliche Beteiligung einiger UNRWA-Mitarbeiter an den Anschlägen vom 7. Oktober durch Folterung der Verdächtigen gewonnen worden sein, wäre es Deutschland rechtlich untersagt, Entscheidungen auf der Grundlage dieser Informationen zu treffen.

Das militärische Embargo ist keine Wahl, sondern eine Verpflichtung von Drittstaaten, wenn ein Verdacht auf Völkermord besteht. Die Nichteinhaltung des Embargos durch die deutsche Regierung ist kriminell, und es liegt in der Verantwortung von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie der IPPNW, eine klare Stimme zu erheben, um die Waffenlieferungen zu stoppen.

Dr. Shir Hever ist politischer Ökonom und erforscht die wirtschaftlichen Aspekte der israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete: shirhever.com



Unter Blockade

Siedler und Armee blockieren die Straßen im Westjordanland für Palästinenser*innen

Seit dem 7. Oktober 2023 wurden im Westjordanland behelfsmäßige Barrieren errichtet, die Dutzende von palästinensischen Gemeinden abriegeln. Wer versucht, sie zu überqueren, riskiert, erschossen zu werden.

Seit Oktober steht das Dorf von Mahmoud Amer im besetzten Westjordanland unter einer Blockade. Er kann nicht mit dem Auto wegfahren, und jedes Mal, wenn er das Dorf zu Fuß verlassen will – sei es, um einen Verwandten zu besuchen, eine Besorgung zu machen oder einen Gast ins Dorf einzuladen – muss er die angrenzende israelische Siedlung um Erlaubnis bitten. „Ich rufe jedes Mal den Sicherheitskoordinator der Siedlung an, wenn die Kinder zur Schule gehen oder wenn meine Schwester zu Besuch kommt“, sagte Amer gegenüber +972 und Local Call. „Uns wurde gesagt, dass sie uns Probleme machen würden, wenn wir zu Fuß weggingen, ohne sie zu informieren.“

Amer lebt in Khirbet Sarra, einem kleinen Dorf mit etwa 40 Einwohnern im besetzten Westjordanland, zwischen Nablus und Ramallah. Ihm zufolge haben israelische Soldaten und „Siedler in Militäruniformen“ am 16. Oktober – anderthalb Wochen nach dem Angriff militanter Hamas-Kämpfer auf den Süden Israels und dem Beginn des israelischen Angriffs auf den Gazastreifen – große Felsbrocken über den einzigen Eingang des Dorfes gelegt und den Weg für den Verkehr vollständig versperrt. „Seit vier Monaten ist kein Auto mehr in

das Dorf gefahren“, sagte Amer. Die Blockade von Khirbet Sarra ist kein Einzelfall, sondern nur ein Beispiel für ein weit verbreitetes und dramatisches Phänomen, das seit dem 7. Oktober im gesamten Westjordanland zu beobachten ist. Unter Berufung auf verstärkte Sicherheitsbedenken und unter dem Druck von Siedlern hat die israelische Armee behelfsmäßige Sperren und Kontrollpunkte errichtet oder deren Errichtung genehmigt, um Dutzende von palästinensischen Dörfern, Städten und Gemeinden am Zugang zu wichtigen Verkehrsadern im Westjordanland zu hindern. In einigen Fällen sind die Dörfer von allen Richtungen aus abgeriegelt worden.

Die wichtigsten Straßen sind für Palästinenser praktisch unzugänglich und dienen fast ausschließlich den Siedlern. Um sich im Westjordanland fortzubewegen, sind Hunderttausende von Palästinensern nun gezwungen, unbefestigte, schmale und kurvenreiche Straßen zu befahren.

„Sie haben eine separate Route für die Siedler eingerichtet – eine ‚Sicherheitsspur‘ – damit es keine Araber gibt“, sagte ein Taxifahrer, der Palästinenser auf beiden Seiten einer Erdbarriere befördert, die israelische Siedler und Soldaten auf der Route 398 in der Nähe von Bethlehem errichtet haben. Wegen der Sperrung muss er eine unbefestigte Straße nehmen, die durch belebte Viertel im Süden Bethlehems führt, so dass eine Fahrt, die früher fünf Minuten dauerte, jetzt mehr als eine halbe Stunde in Anspruch nimmt.

Alle palästinensischen Dörfer entlang dieses Abschnitts der Route 398 sind

durch behelfsmäßige Barrieren aus Erde und Steinen abgesperrt. „Jeder, der von Ramallah nach Hebron fährt, muss hier durch“, sagte ein Bewohner von Khirbet al-Deir in der Nähe von Hebron, der einen Stand am Straßenrand betreibt und Kaffee und Blumenkohl verkauft. Früher, so erzählte er, war die Gegend ruhig. Heute ist so viel palästinensischer Verkehr von anderswo her umgeleitet worden, dass die Straße zu einer viel befahrenen Durchgangsstraße geworden ist.

Die Hauptauffahrt von Nablus, der größten Stadt in der nördlichen Westbank, ist ebenfalls blockiert: Ein von israelischen Soldaten besetzter Kontrollpunkt versperrt den Zugang zur Route 60. Palästinensische Krankenwagenfahrer berichteten, dass sie daran gehindert werden, durch den Haupteingang nach Nablus zu fahren, und dass sich ihre Fahrten oft erheblich verlängern, weil sie gezwungen sind, auf unbefestigten Umgehungsstraßen zu fahren. (Ein Armeesprecher dementierte dies und erklärte: „Der Transport von Krankenwagen oder anderen humanitären Hilfsgütern ist auf den Hauptstraßen in diesem Gebiet erlaubt, und es gibt keinen Befehl, ihre Fahrt zu blockieren oder zu verzögern.“)

„Früher brauchte ich 20 Minuten, um zum Krankenhaus in Nablus zu gelangen – heute eine Stunde“, sagt Bashar al-Qaryuti, ein Krankenwagenfahrer aus dem Dorf Qaryut. „Vor einer Woche habe ich einen schwer verletzten Mann abgeholt, der gestürzt war. Er blutete. Ich versuchte, die Schnellstraße zu nehmen, aber sie ließen mich nicht nach Nablus hinein. Sie zwangen mich, durch palästinensische Dörfer zu fahren.“



FELSBROCKEN BLOCKIEREN DIE EIN- UND AUSFAHRT VON AUTOS IN BEIT JALA IM BESETZTEN WESTJORDANLAND

„An vielen Orten im Westjordanland will man eine totale Trennung zwischen Palästinensern und Siedlern schaffen“, erklärt Roni Pelli, Anwalt bei der Vereinigung für Bürgerrechte in Israel. „Die Hauptstraßen gehören den Siedlern, und die Palästinenser erhalten eine Art ausgedehntes Straßensystem voller Kontrollpunkte.“

An vielen dieser neuen Straßensperren sind israelische Soldaten stationiert, und in den letzten Monaten gab es mehrere Berichte über Soldaten, die auf unbewaffnete Palästinenser schossen, die versuchten, die Straße zu überqueren. Ein solcher tödlicher Vorfall Ende Dezember wurde auf Video festgehalten: Mohammed al-Jundi näherte sich dem unverschlossenen gelben Tor, das Beit Jala von der an der Siedlung Har Gilo vorbeiführenden Hauptstraße abtrennt; er versuchte, das Tor zu öffnen, damit eine Frau hindurchfahren konnte, woraufhin Soldaten in der Nähe das Feuer auf ihn eröffneten.

Ein Großteil dieses Siedleraktivismus wird von einer Gruppe namens „Fighting For Our Lives“ koordiniert. Seit Oktober hat sie Dutzende von Demonstrationen organisiert, um zu verhindern, dass Straßen für den palästinensischen Verkehr wieder geöffnet werden. Nach Aussagen von Palästinensern in verschiedenen Teilen des Westjordanlandes haben sich ihre Bemühungen in vielen Fällen gelohnt: Dörfer, die das Militär ursprünglich wieder öffnen wollte, sind bis heute geschlossen.

+972 hat die interne Korrespondenz der Aktivisten von „Fighting For Our Lives“ eingesehen. In der WhatsApp-Gruppe der

Organisation riefen die Aktivisten andere Siedler dazu auf, Straßen zu fotografieren, die für Palästinenser offen bleiben, sie den Behörden zu melden und dann „in das Gebiet zu gehen. Gebt nicht auf. Eine Straße öffnet sich neben dir? Trommelt ein paar Leute zusammen und blockiert sie mit euren Körpern“.

Straßen werden oft nach gewalttätigen Angriffen von Palästinensern auf Siedler geschlossen. Anfang November wurde der 29-jährige Elhanan Klein, ein Bewohner der Siedlung Einav, erschossen. „Es macht keinen Sinn, dass die Straßen in Kriegszeiten für die Bewegung des Nazi-Feindes offen sind“, schrieben die Organisatoren der Gruppe nach der Schießerei an die Aktivisten. „Heute Abend werden wir alle auf die Kreuzungen gehen – wir werden dem Feind nicht erlauben, die Straßen zu benutzen und uns zu töten.“

Dror Etkes, ein Forscher der Organisation Kerem Navot, die die Entwicklung der Siedlerinfrastruktur im Westjordanland verfolgt, befürchtet, dass diese Straßensperren dauerhaft werden. „Die Erfahrung mit dem israelischen Militärrégime im Westjordanland zeigt, dass vorübergehende Sicherheitserwägungen – die natürlich fast ausschließlich dazu dienen, die Sicherheit der Siedler zu gewährleisten – dauerhaft werden können, da sie dem umfassenderen politischen Ziel der Enteignung und Vertreibung der Palästinenser dienen“, sagte er gegenüber +972. „Es besteht kein Zweifel daran, dass die Siedler*innen versuchen werden, ihre Errungenschaften der letzten Monate zu zementieren, sowohl, was die Straßensper-

ren und Kontrollpunkte selbst betrifft, als auch die Befugnisse, die sie zur Durchsetzung der neuen Bewegungsregelungen an vielen anderen Orten im Westjordanland erhalten haben“, so Etkes weiter.

Obwohl die Siedler im gesamten Westjordanland Sperren und Kontrollpunkte errichtet haben, haben sie dies mit besonderer Wirksamkeit in Gebiet C getan – den 60 % des Westbank, die vollständig unter israelischer Kontrolle stehen und in denen sich alle israelischen Siedlungen neben zahlreichen palästinensischen Dörfern befinden. „Die Schließungen sind das Ergebnis des Drucks der Siedler, die das C-Gebiet übernehmen wollen“, erklärt Yonatan Mizrahi von Peace Now. „Die Palästinenser, die in kleinen Dörfern in der Nähe von Siedlungen leben, sind von größeren Gemeinschaften abgeschnitten und daher viel anfälliger für Gewalt“, fuhr er fort. „Wenn die Straße geschlossen ist, sind sie allein. Sechzehn solcher Gemeinden wurden [seit Oktober] bereits vertrieben.“

Die Rekrutierung Tausender Siedler für zivile Sicherheitsteams nach dem 7. Oktober hat den Trend zu Straßensperren noch verschärft. **Dies ist eine gekürzte Version des Berichts vom 23. 02. 2024 im +972 Magazine: ippnw.de/bit/roads-blocked**



Yuval Abraham ist Journalist und Aktivist und lebt in Jerusalem. Mehr unter: 972mag.com

Wie in Deutschland über „Nahost“ gestritten wird

Konflikte können nur durch einen Blick in die Zukunft überwunden werden

Es gibt wenige außenpolitische Themen, über die in Deutschland emotionaler gestritten wird als der Konflikt zwischen Israel und Palästinensern. Zu beobachten war dies schon lange vor den grausamen Terrorangriffen der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, den anhaltenden verheerenden israelischen Angriffe auf den Gazastreifen und der eskalierten Gewalt im Westjordanland. In den letzten fünf Monaten jedoch ist die Debatte aus Zeitungen und Talkshows in voller Wucht auf die Straße übergeschwappt, auf öffentliche Plätze und Schulhöfe. Die Grenzen der demokratischen Auseinandersetzung wurden nicht nur ausgetestet, sondern oftmals in Form verbaler und physischer Gewalt brutal überschritten. Berechtigte Kritik an Israels Politik und Kriegsführung wird allzu schnell mit einer Unterstützung des Hamas-Terrorismus gleichgesetzt und so delegitimiert – so wie auch eine Verurteilung des Hamas-Terrors gleichgesetzt wird mit einer Unterstützung der brutalen israelischen Besatzung. So entsteht auf beiden Seiten das ungute Gefühl, seine Meinung nicht mehr sagen zu können.

Im deutschen Diskurs zum Nahostkonflikt gewinnt man schnell den Eindruck, eine ausgewogene oder gar neutrale Haltung wird weder geschätzt noch toleriert. Es geht in Debatten oft darum, genau zu verorten, „auf welcher Seite“ das Gegenüber steht, um dann eine detaillierte Liste an Verbrechen vorbringen zu können, die die jeweilige Seite in den vergangenen Jahrzehnten verübt hat. Darauf folgt dann meist eine ebenso detaillierte Auflistung der Gegenseite und am Ende steht man sich unversöhnlicher gegenüber als zu Beginn der Debatte.

Dabei gäbe es einen anderen Weg. Der israelische Historiker Yuval Noah Harari hat in einem CNN Interview nach dem 7. Oktober gesagt, dass es möglich sein sollte, zu verstehen, dass man Opfer sein kann und gleichzeitig auch Täter, aber dass diese Erkenntnis für die Menschen vor Ort, die direkt in den Konflikt involviert sind, oft psychologisch unmöglich ist. Hier in Deutschland sollten wir jedoch dazu in der Lage sein, insbesondere da wir sehr gut wissen, wie es ist, sich gleichzeitig als Opfer und als Täter zu sehen.

Man kann das Recht der jüdischen Israelis auf Selbstverwirklichung in einem eigenen Staat anerkennen, ohne den Palästinensern das gleiche Recht abzuerkennen. Man kann die Gräueltaten palästinensischer Terroristen benennen, ohne die Gräueltaten der israelischen Armee und Siedler zu negieren. Man kann das Leid der israelischen Zivilbevölkerung unter palästinensischen Terroranschlägen ansprechen, ohne das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung unter dem Terror der israelischen Besatzung zu verschweigen.

Das Argument, dies würde zu einer Äquidistanz und einer Gleichsetzung von sehr unterschiedlichen Formen von Gewalt führen, geht dabei am wesentlichen Punkt vorbei: um einen Konflikt lösen zu können, auch einen so asymmetrischen wie den Nahostkonflikt, müssen beide Seiten die legitimen Interessen, Ängste und Nöte der anderen Seite verstehen und anerkennen. Natürlich liegt völkerrechtlich die größere Verantwortung für die Lösung des Konflikts beim Staat Israel, der als Besatzungsmacht über die Palästinenser herrscht. Aber ohne eine Anerkennung der beidseitigen legitimen Interessen wird

sich der Konflikt niemals lösen lassen. Das Aufeinanderzugehen, die Kooperation und das gegenseitige Kennenlernen, die in den Jahren des Oslo-Prozesses möglich waren, konnten einen Weg aus dem Konflikt aufzeigen. Gescheitert ist dieser Prozess letztlich nicht an den Rahmenbedingungen oder Inhalten der Vereinbarungen, sondern an radikalen Kräften auf beiden Seiten, die den Prozess bewusst unterminiert und delegitimiert haben – eben indem sie die eigene Täterrolle abgestritten und die eigene Opferrolle hochstilisiert haben.

Die Verhandlungen von Camp David über die Schaffung eines palästinensischen Staates im Jahr 2000 waren vermutlich die letzte realistische Möglichkeit, einen echten Frieden zu erlangen, einen der nicht auf Abschottung und Ausgrenzung beruht, sondern auf Kooperation und Einverständnis. Doch es kam anders. Die israelische Siedlungspolitik und die politische Rechte konnten, im Einklang mit palästinensischen Hardlinern, den Friedensprozess beenden und bereits erzielten Erfolge zunichtemachen. Seitdem driften beide Gesellschaften immer mehr ins Radikale ab, verrohen durch martialischer Propaganda und entfernen sich immer weiter davon, die andere Seite als Partner in einem Prozess wahrzunehmen oder deren Sorgen und Interessen überhaupt anzuerkennen. Stattdessen wird die andere Seite zunehmend entmenschlicht. Nur so waren die grausamen Taten der Hamas vom 7. Oktober und die grausame Antwort der israelischen Armee erst möglich.

Eine Verhärtung der Fronten lässt sich auch innerhalb der deutschen Debatte wahrnehmen. Dabei könnte gerade Deutschland, mit seiner besonderen his-



„NUR FRIEDEN BRINGT SICHERHEIT“: JÜDISCHE & ARABISCHE ISRAELIS DEMONSTRIEREN GEMEINSAM



1999: EHUD BARAK UND YASSIR ARAFAT MIT BILL CLINTON.

torischen Verantwortung eine konstruktive, vermittelnde Rolle spielen. Die Ernennung von Israels Sicherheit zur deutschen Staatsräson wird von vielen als eine Art Blankoscheck für die israelische Regierung gesehen. Doch das müsste nicht so sein: die oft angebrachte Metapher vom guten Freund, der seinem Freund kritisch ins Gewissen redet, um zu verhindern, dass dieser sich selbst schadet, ließe sich problemlos auf die deutsch-israelische Beziehung anwenden – wenn man nur mutig genug dazu wäre.

Die überhitzte Antisemitismusdebatte hierzulande hat jedoch auch hier wenig Platz für rationales Denken und Handeln gelassen. Die von der israelischen Regierung unterstützte Antisemitismus-Definition wirft Israelkritik und Judenfeindlichkeit in einen Topf. Da kann es schonmal passieren, dass ein deutscher Politiker einem jüdischen Aktivist Antisemitismus vorwirft, weil dieser sich gegen die israelische Regierung positioniert, oder dass eine deutsche Bank einem jüdischen Verein das Konto kündigt, weil dieser zu einem Boykott von Israel aufruft.

In der deutschen Debatte spielen zudem überholte Annahmen, veraltete Bilder und Vorurteile eine Rolle. Viele denken an die Steine werfenden Jugendlichen und sehen nicht das gänzlich andere Kaliber des Hamas-Terrors. Oder sie denken an die israelische Gesellschaft der Sechziger und Siebziger Jahre oder Politiker wie Yitzhak Rabin und Ehud Barak und sehen nicht, dass die israelische Gesellschaft und damit auch die Politik in den letzten Jahrzehnten eine grundlegend andere geworden ist; dass die derzeitige israelische Regierung

aus rechtskonservative, orthodox-religiösen und rechtsradikalen Parteien eher mit der AfD Gemeinsamkeiten fände als mit allen anderen Parteien im Bundestag und dass bis auf die Arbeiterpartei mit ihren drei Prozent keine Partei links der Mitte mehr in der Knesset sitzt. Der wachsende Einfluss der radikal-nationalistischen Siedlerbewegung und der Rechtsruck in der israelischen Gesellschaft wird begleitet von einem rasanten Anstieg des Anteils der Ultraorthodoxen in der Gesellschaft. Diese seismischen Bewegungen in der israelischen Gesellschaft nicht ernstzunehmen, wäre ein ebenso großer Fehler, wie die Radikalisierung der palästinensischen Bevölkerung zu ignorieren.

Ein weiterer Faktor, der den Diskurs hierzulande so schwierig macht, ist die unterschiedliche Wahrnehmung der Berichterstattung und der vermeintlichen Mehrheitsmeinung. Menschen, die dem israelischen Narrativ näherstehen, kritisieren häufig eine als einseitig empfundene, pro-palästinensische Berichterstattung und monieren die vermeintlich pro-palästinensische Grundhaltung der Mehrheit der Gesellschaft. Menschen, die dem palästinensischen Narrativ näherstehen, kritisieren ebenso häufig eine als einseitig empfundene pro-israelische Berichterstattung und monieren die vermeintlich pro-israelische Grundhaltung der Mehrheit der Gesellschaft. Das geht so weit, dass nahezu hundert Prozent aller Leser*innen dieses Artikels einen der beiden letzten Sätze für völlig unrealistisch halten werden, einige den ersten, anderen den zweiten. Wie kann das sein? Die Antwort ist einfach: keine der beiden Wahrnehmungen hält einer rationalen Überprüfung stand. Ob in Zei-

tung, Radio oder Fernsehen, in den sozialen Medien oder auf Demos: Es gibt sehr emotionale einseitige Positionierungen auf beiden Seiten – und natürlich auch viele ausgewogene Berichterstattungen. Die Krux ist vielmehr die individuell sehr unterschiedliche Wahrnehmung von Positionen, die den eigenen Überzeugungen entsprechen, und denen, die ihnen widersprechen. Letztere werden viel mehr beachtet, was zu einer Verzerrung der eigentlich vielschichtigen und pluralistischen Debatte führt.

Was der Debatte hierzulande gut täte, wäre eine rationale Trennung von Kritik an der israelischen Regierung und ihrer Politik auf der einen und antisemitischer Judenfeindlichkeit auf der anderen Seite. Auch braucht es eine verbale Abrüstung in der Debatte. Wer die Taten der Hamas mit Israels Besatzung zu legitimieren versucht, begibt sich auf die gleiche Stufe wie diejenigen, die Israels Militärschläge mit dem Terror der Hamas zu legitimieren versuchen. Konflikte werden nicht überwunden durch einen Blick in die Vergangenheit, sondern durch einen Blick in die Zukunft. Statt sich gegenseitig die Verbrechen der jeweils anderen Seite vorzuhalten, wäre es viel wichtiger, sich die gemeinsamen und die legitimen partikularen Interessen beider Seiten anzusehen, um so eine gemeinsame, freie und friedliche Zukunft beider Völker auf dem kleinen Stück Land zwischen Jordan und Mittelmeer auszuloten.



Dr. Alex Rosen ist Kinderarzt und ehemaliger IPPNW-Vorsitzender.

Trauer um Boris Bondarenko

Kardiologe und Mitstreiter in der internationalen IPPNW-

Wenn der Frieden ein Gesicht hätte und wenn Freundlichkeit, gegenseitiges kulturelles Verständnis und Respekt einen Namen hätten, dann wäre es wohl das Gesicht und der Name unseres russischen Kollegen Boris Bondarenko. Der am 7. Januar 1938 in Magadan in einer Ärztesfamilie geborene Boris leistete einen großen Beitrag zum Aufbau und zur Entwicklung des Leningrader Forschungsinstituts für Kardiologie, in dem er seit seiner Gründung im Jahr 1980 als Leiter der wissenschaftlichen und klinischen Abteilung tätig war. Er widmete sein Leben der medizinischen Wissenschaft und der Ausbildung junger Ärzt*innen. Nach seinem Abschluss am Ersten Leningrader Medizinischen Institut I. P. Pavlov 1961 setzte Bondarenko seine akademische Laufbahn in Leningrad fort.

Auch in der internationalen Friedensarbeit war Bondarenko aktiv. Zusammen mit dem Akademiker V.A. Almazov organisierte er den Leningrader Zweig des sowjetischen

Komitees der IPPNW und wurde später einer der sowjetischen Vertreter bei der internationalen IPPNW. Diejenigen, die das Privileg hatten, ihn bei der Arbeit in seiner kardiologischen Klinik zu besuchen, bekamen zahlreiche Plakate und Erinnerungen an seine internationale IPPNW-Arbeit überreicht.

Die Autorität von Professor Boris Bondarenko als Wissenschaftler und Kliniker war unbestreitbar. Er war ein herausragendes Beispiel für einen Arzt mit wohlwollender Aufmerksamkeit für Kolleg*innen und Patient*innen, mit Feingefühl, Sensibilität und Ehrlichkeit in seinem Beruf.

Boris Bondarenko war ein wunderbarer Mensch und ein Mitglied unserer weltweiten Bewegung. Mit großer Traurigkeit müssen wir mitteilen, dass er gestorben ist.

Prof. Igor Korneev und Dr. Lars Pohlmeier



LARS POHLMEIER
UND BORIS BONDARENKO

Weltkongress in Japan geplant

–IPPNW Afrika macht sich für atomare Abrüstung stark–

Der nächste IPPNW-Weltkongress ist für Anfang Oktober 2025 in Nagasaki, Japan geplant. Erst 2023 hatte der IPPNW-Kongress in Kenia in Afrika mit 200 Teilnehmer*innen stattgefunden. Dem Kongress ging eine 500 km lange, fünftägige IPPNW-Radtour von Nairobi nach Mombasa voraus, die das Bewusstsein für den Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Gesundheit schärfen sollten.

Kongresspräsidentin Dr. Sally Ndung'u nahm im Juli 2023 auch am Gipfeltreffen der Afrikanischen Union anlässlich des 14. Jahrestages des Pelindaba-Vertrags im UN-Hauptquartier in Nairobi teil. (Der Vertrag von Pelindaba verbietet die Stationierung, den Besitz sowie die Herstellung von Atomwaffen in Afrika.) Bei dem Gipfeltreffen wandten sich Ndung'u und weitere Abrüstungsaktivist*innen gezielt an die Außenminister*innen, um mit ihnen über den Atomwaffenverbotsvertrag zu diskutieren und ihre Unterstützung zu gewinnen.

Vom 4. bis 7. Oktober 2023 vertraten Sally Ndung'u, der IPPNW-Ko-Vorsitzende David Onazi aus Nigeria und Studierendenvertreter Walusungu Mtonga aus Sambia die IPPNW bei der 74. Generalversammlung des Weltärztebundes in Kigali, Ruanda. „Wir wollten in der Ärzteschaft starke Emotionen zum Thema Atom-



SALLY NDUNGU'U AUF
DEM WELTKONGRESS IN KENIA

waffen und Gesundheit wecken und die Unterstützung der WMA bei der Aktualisierung der Veröffentlichung der Weltgesundheitsorganisation aus dem Jahr 1987 über die „Auswirkungen eines Atomkrieges auf die Gesundheit und das Gesundheitswesen“ suchen“, schreibt Sally Ndung'u. Sie

und David Onazi hielten einen Vortrag zum Thema „Auswirkungen auf die menschliche und planetarische Gesundheit“, der auf großes Interesse stieß. Die Präsidentin der WMA, Dr. Lujain Al-Qodmani, bekräftigte daraufhin ihre Zusage, mit der IPPNW im Bereich der nuklearen Abrüstung zusammenzuarbeiten und insbesondere eine Aktualisierung der WHO-Veröffentlichung von 1987 zu unterstützen, um die neuen Erkenntnisse, die seitdem gewonnen wurden, zu berücksichtigen.

Mehr unter: ippnw.de/bit/wk25

Angelika Wilmen



BERLIN



STUTT GART

Stoppt das Töten!

Zwei Jahre Ukrainekrieg

Am 23. und 24. Februar 2024 haben zahlreiche Organisationen unter dem Motto „Stoppt das Töten in der Ukraine“ zu Kundgebungen aufgerufen. In Hamburg und Berlin nahmen jeweils 400, in Köln, Frankfurt und Stuttgart je 500 Personen an den Demonstrationen teil. Die ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann forderte in ihrer Rede die deutsche Bundesregierung auf, „friedenstüchtig“ zu werden. Es sei fatal, dass immer nur Waffenlieferungen, Waffensysteme, Militärstrategien diskutiert würden. „Stattdessen brauchen wir Friedensstrategien, diplomatische Initiativen, Hoffnungszeichen, Milliardeninvestitionen in Frieden.“ Dr. Lars Pohlmeier mahnte in Berlin: „Man kann nur den Frieden gewinnen. Deshalb ist es richtig, nein zu sagen zum Irrweg, mit immer mehr Waffen eine unsichere Wette einzugehen, den Konflikt mit Russland militärisch zu lösen.“

Foto: Hendrik Haßel



BERLIN



KÖLN



Nicht einen Schritt weiter nach Osten

„Verständnis der Gegenwart erwächst aus dem Erkennen der Vergangenheit.“ Sarottes Buch ist das beeindruckende Ergebnis ihrer 15-jährigen Forschungsarbeit zur Geschichte der NATO-Ost-erweiterung.

Mary Elise Sarotte, seit 2017 Professorin für Geschichte an der John-Hopkins-Universität Baltimore, war während der „Wende“ 1989-90 Austauschstudentin in Berlin. In ihrem neuen Buch beschreibt sie viele bisher unbekannte historische Details aus den Jahren 1989 bis 2022.

Sarotte positioniert sich dabei nicht gegen die Erweiterung der NATO nach dem Kalten Krieg, benennt jedoch, wie problematisch die Osterweiterung betrieben wurde. Kritische Stimmen kamen schon früh aus den USA: Der damalige US-Botschafter Thomas Pickering in Moskau warnte vor der „Alles-oder-Nichts-Position“ und setzte sich für eine „fortschreitende Annäherung“ ein. Das wischte aber der damalige Präsidenten George Bush mit einem „zum Teufel damit!“ vom Tisch. „Nicht einen Schritt weiter nach Osten“, hatte der damalige US-Außenminister James Baker gegenüber Gorbatschow versichert. Vertraglich fixiert wurde diese Zusicherung nicht. Dick Cheney, damals US-Verteidigungsminister, meinte dann 1991: „Wir sollten alles tun, was wir können, um die Sowjetunion zu zerschlagen“.

Was die russische Seite betrifft, waren der 1993 von Boris Jelzin befohlene Panzerangriff auf das Parlament in Moskau und der erste Tschetschenienkrieg sicher nicht förderlich für die Ost-West-Beziehung. Russland stand damals außerdem unter erheblichem Druck, weil es Demokratie und Marktwirtschaft gleichzeitig aufbauen musste, was für Antidemokraten ein guter Nährboden war. Hat es dabei an passender westlicher Unterstützung gefehlt? Und wie wäre die Geschichte verlaufen, wenn es die Feindschaft zwischen Gorbatschow und Jelzin nicht gegeben hätte? Ein lesenswertes Buch, das unseren Blick auf die Geschichte verändert.

Mary Elise Sarotte: Nicht einen Schritt weiter nach Osten. Amerika, Russland und die wahre Geschichte der NATO-Ost-erweiterung, 335 S., 28,- Euro, C.H. Beck München, 2024, ISBN: 978-3-406-80833-3.

Christoph Dembowski



Für eine neue Entspannungspolitik!

Wenn Sie noch kein Buch über den Ukrainekrieg haben, sollten Sie sich dieses kaufen. Auch wenn Sie schon mehrere haben, ist es unbedingt empfehlenswert.

Sandra Kostner und Stefan Luft haben einen Sammelband wissenschaftlicher, gut verständlich geschriebener Beiträge herausgegeben. Umfangreiche Quellennachweise laden zur Vertiefung ein und sind eine Fundgrube an Belegen. Die ersten fünf Texte analysieren die Hintergründe des Russland-Ukraine-Konflikts. Um die Wiederholung von Fehlern aus der Vergangenheit zu vermeiden, müsse „schonungslos“ analysiert werden, heißt es in der Einleitung. „Verspielte historische Chancen“ sind das Thema von Sandra Kostner. Sie zeichnet minutiös die Konfrontationsdynamik nach, die durch die NATO-Osterweiterung in Gang gesetzt wurde. Aber die Verantwortung für den Angriffskrieg trage allein Putin. An der Vorgeschichte sei „die unnachgiebige und zu sehr an eigenen Interessen orientierte Politik der US-geführten NATO mitverantwortlich.“ Jürgen Wendler ist in seinem Beitrag dem Ziel verpflichtet, als Historiker „Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sich Probleme und Konflikte lösen lassen.“

In dem Buch sind zahlreiche, fundierte und gut lesbare Beiträge versammelt, auf die hier leider nicht alle im einzelnen eingegangen werden kann. Sabine Schiffer hinterfragt in ihrem Beitrag „Von Euphemismen, Deutungsrahmen und Doppelstandards“ das Framing und Wording der Medien in der Kriegsberichterstattung. Stefan Luft zeichnet die Entwicklung der Grünen vom Pazifismus zum außenpolitischen Interventionismus nach: „Die Grünen und der Krieg“. Klaus von Dohnanyi, im Gespräch mit Sandra Kostner und Stefan Luft, gibt die Devise aus: „Klima schaffen statt Waffen!“

Dem Buch ist eine weite Verbreitung zu wünschen und der Leserschaft eine aktualisierte Auflage, die mit gleicher Präzision den Verlauf des Krieges analysiert und Auswege aufzeigt.

Sandra Kostner, Stefan Luft (Hrsg.): Ukrainekrieg – Warum Europa eine neue Entspannungspolitik braucht. Westend academics, Frankfurt / Main, 2023. 24,- Euro, ISBN: 978-3-949925-10-8.

Ralph Urban



Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine

Sechste, aktualisierte Fassung: Eine Sammlung bestehender Vorschläge und möglicher Schritte, den Krieg in der Ukraine durch Diplomatie statt durch Waffen zu beenden.

20 Seiten A4, Preis: je 0,50 zzgl. Versand
Bestellen unter: shop.ippnw.de
Download: ippnw.de/bit/waffenstillstand

IPPNW-Handreichung: Abschiebungen aus stationärer Behandlung

„Abschiebungen aus stationärer Behandlung: Rechte und Möglichkeiten des Klinikpersonals“: Diese Handreichung soll Klinikmitarbeiter*innen über ihre Rechte und Möglichkeiten in Abschiebesituationen aufklären und dazu ermutigen, auch gegenüber Behörden, Amtspersonen und Polizei für das Wohl der Patient*innen einzutreten.

4 Seiten A4, Preis: je 0,50 zzgl. Versand
Bestellen unter: shop.ippnw.de
Download: ippnw.de/bit/klinikpersonal



GEPLANT

Das nächste Heft erscheint im Juni 2024. Das Schwerpunktthema ist:

Energiewende und Klima

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe 178/Juni 2024 ist der 30. April 2024. Das Forum lebt von Ihren Ideen und Beiträgen. Schreiben Sie uns: forum@ippnw.de

IMPRESSUM UND BILDNACHWEIS

Herausgeber: Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e. V. (IPPNW) Sektion Deutschland
 Redaktion: Dr. Lars Pohlmeier (V.i.S.d.P.), Angelika Wilmen, Regine Ratke
Anschrift der Redaktion: IPPNWforum, Körtestraße 10, 10967 Berlin, Tel.: 030 6980 740, Fax 030 69381 66, E-Mail: ippnw@ippnw.de, www.ippnw.de,
Bankverbindung: GLS Gemeinschaftsbank IBAN: DE 23 4306 0967 1159 3251 01, BIC: GENODEM1GLS

Das Forum erscheint viermal jährlich. Der Bezugspreis für Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Sämtliche namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung

der Redaktion oder des Herausgebers. Nachdrucke bedürfen der schriftlichen Genehmigung.

Redaktionsschluss für das nächste Heft: 30. April 2023

Gestaltungskonzept: www.buerobock.de,
Layout: Regine Ratke

Druck: DDL Berlin **Papier:** Circle Offset, Recycling & FSC.

Bildnachweise: S.7 Mitte: Hendik Haßel, Nicht gekennzeichnete Fotos: privat oder IPPNW.



MÄRZ

9.-23.3. IPPNW-Türkeireise

13.3. „Israel im Fokus – Die israelische Gesellschaft und ihre Perspektiven auf die derzeitige Eskalation“, online

13.3. „Geopolitische Rivalität, Krieg und europäische Souveränität. Wege zum Frieden“ in Göttingen

13./20./27.3. Ulmer Friedensmahnwache „Frieden schaffen ohne Waffen – in der Ukraine und in Israel / Palästina!“ in Ulm

15.3. „Krieg im Nahen Osten“, Vortrag mit Andreas Zুমach in Braunschweig

19.3. Theaterstück „Singvögel und Raben waren auch nicht mehr da“, Aachen

21.3. „Umweltzerstörung durch Uran- und Atomwaffen – die Opfer klagen an“, Berlin

28.3.-01.4. Ostermärsche der Friedensbewegung

MAI

11.5. „Den Frieden gewinnen – nicht den Krieg“, Tübingen

13.5. „Atomwaffen vor Gericht“ Mahnwache in Cochem: Prozess gegen Friedensaktivist*innen

JULI

3.-7.7. Aktionscamp gegen Atomwaffen in Nörvenich

Weitere Informationen unter: www.ippnw.de/aktiv-werden/termine

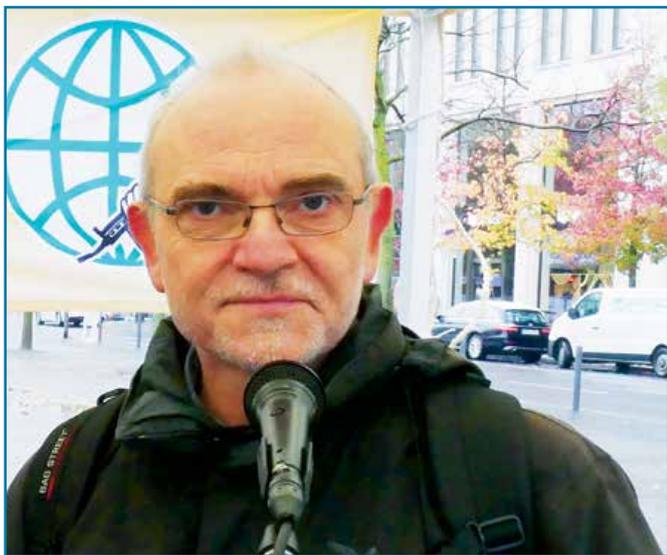
Anmelden!

FRANKFURT / MAIN

26.-28.4.2024

IPPNW-Jahrestreffen und Mitgliederversammlung

...siehe Forum intern



6 Fragen an ... Rudi Friedrich

Friedensaktivist und Geschäftsführer
von Connection e.V.

1 Derzeit macht Connection e.V. zusammen mit Pro Asyl eine Kampagne für die Rechte von Kriegsentzieher*innen und Deserteur*innen aus Russland. Wie ist deren Situation? In Russland gibt es eine Militärdienstpflicht, der alle Männer zwischen 18 und 30 Jahren unterliegen. Am 25. Mai 2022 wurde in Russland ein Gesetz verabschiedet, wonach Männer bis zum Alter von 65 Jahren zur Armee eingezogen werden können. Die nach internationalem Recht für Militärdienstpflichtige vorgesehene Möglichkeit, jederzeit einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen zu können, wird nicht gewährleistet. Wer nicht zum Militär geht, dem drohen mehrere Jahre Haft. Noch schärfer verfolgt wird eine Desertion.

2 Wie ist die Praxis der Mobilmachungen in Russland? Neben der halbjährlichen Einberufung neuer Rekrut*innen im Rahmen der Militärdienstpflicht unterzeichnete Präsident Wladimir Putin am 21. September 2022 ein Dekret, mit dem eine Teilmobilmachung insbesondere von Reservist*innen erfolgte. In den folgenden Monaten gab es Razzien und Straßenkontrollen zur Rekrutierung, so der Internationale Versöhnungsbund im Oktober 2022: „Seit Beginn der Mobilisierung ist es in den Großstädten eine weit verbreitete Praxis, dass Polizeibeamte Männer auf der Straße anhalten, ihre Papiere überprüfen und versuchen, ihnen eine Vorladung auszuhändigen.“ Obwohl Präsident Putin die Teilmobilmachung am 1. November 2022 für beendet erklärte, werden Bürger Russlands weiterhin zur Mobilisierung aufgerufen. Wer einer Vorladung nicht nachkommt, kann zu einem Bußgeld von bis zu 30.000 Rubel (300€) verurteilt werden. Wer der Vorladung nachkommt, kann noch am gleichen Tag eingezogen und in den Krieg geschickt werden.

3 In der Folge ergreifen viele Menschen die Flucht... Viele Personen versuchen, jeden Kontakt mit den Militärbehörden zu vermeiden. Und viele entscheiden sich, Russland komplett zu verlassen, bevor sie Kontakt zum Militär haben und werden so zu Militärdienstentzieher*innen. So hatten sich in den Wochen nach Verkündung der Teilmobilmachung im September 2022 zehntausende Militärdienstentzieher*innen dem Zugriff des russischen Militärs entzogen und sind ins Ausland geflohen.

4 Was wisst Ihr über Strafverfahren in Russland? Die Zahl der Strafverfolgungen wegen Desertion, unerlaubter Abwesenheit oder Befehlsverweigerung ist im Jahr 2023 deutlich gestiegen. Die Militärgerichte haben seit Juni 2023 100 Urteile pro Woche gefällt. Nur in Einzelfällen werden die Urteile medial bekannt, wie die russische Soldatin Madina Kabalodjewa, die zu sechs Jahren Haft verurteilt wurde, weil sie sich nicht ordnungsgemäß gemeldet habe oder der Vertragssoldat Maksim Aleksandrovich Kochetkov, der wegen unerlaubter Abwesenheit zu 13 Jahren Haft verurteilt wurde.

5 Wie ist die Situation russischer Verweiger*innen im Ausland? Mindestens 250.000 Militärdienstpflichtige aus Russland haben seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine das Land verlassen. Hauptzielländer sind Kasachstan, Georgien, Armenien, die Türkei, auch Serbien oder Israel; weniger die Länder des Schengen-Raums aufgrund ihrer sehr restriktiven Handhabung der Visavergabe. Die Situation in den Aufnahmeländern ist zum Teil prekär. Die Türkei und Kasachstan gewähren russischen Staatsbürger*innen nur einen begrenzten Aufenthaltsstatus von drei Monaten, der nicht beliebig verlängerbar ist. Abschiebungen nach Russland sind aus Kasachstan und Armenien bekannt geworden.

6 Wieviele Asylanträge gibt es in Deutschland? Die Zahl der Asylerstanträge von russischen Verweigerern ist deutlich gestiegen. Von Januar bis August 2023 gab es über 2300 Asylanträge russischer Männer zwischen 18 und 45 Jahren. Für diesen Zeitraum wurden von 904 behandelten Anträgen lediglich 11 positiv entschieden, 33 wurden abgelehnt, in mehr als 800 Fällen wurden die Betroffenen auf das Asylverfahren in anderen Ländern wie Polen, Kroatien oder Finnland verwiesen. Das Bundesinnenministerium gewährt zwar Deserteur*innen aus Russland in der Regel Asyl, aber bei Militärdienstentziehenden wird keine drohende Verfolgung gesehen. Dabei ist die Kriegsdienstverweigerung vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als Menschenrecht anerkannt worden. Sowohl Militärdienstentzieher*innen als auch Deserteur*innen haben das Recht, ihre Kriegsdienstverweigerung zu erklären. Mehr Infos zur Arbeit von Connection e.V.: [connection-ev.org](https://www.connection-ev.org)

Solidarität mit Kubas Gesundheitswesen

Niedrige Säuglingssterblichkeit, ein flächendeckendes Familienarztsystem, Prävention – all das und noch viel mehr kennzeichnete jahrelang das kostenlose kubanische Gesundheitswesen. Trotz jahrzehntelanger US-Blockade, die Kuba vom Weltmarkt ausschließt und eine Form des Wirtschaftskrieges darstellt, entwickelten kubanische Wissenschaftler eigene Coronaimpfstoffe, was viele Ressourcen verschlang, die nun im medizinischen Bereich fehlen. Trotzdem helfen kubanische Ärzte seit 1962 solidarisch in aller Welt – ob nach Naturkatastrophen oder bei Epidemien und Pandemien.

Nun braucht genau dieses Gesundheitswesen unsere Hilfe und Unterstützung.

Deshalb sammelt Cuba sí ausgesonderte, aber funktionstüchtige medizinische Geräte, Betten und Verbrauchsmaterial – auch aus Kliniken und Praxen, die geschlossen werden – und schickt alles nach Kuba. Neben Sachspenden sind wir auch für Geldspenden dankbar.

Kontakt: Dr. Rainer Lindemann (01 73) 9 80 95 62 oder Rainer-Lindemann@gmx.net

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!

Cuba sí

Sonderspendenkonto

beim Parteivorstand Die Linke/Cuba sí:
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10
BIC: BELADEBEXXX
VWZ: „Kuba muss überleben“ + IPPNW-F

AG in der Partei Die Linke
Kl. Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 00 94 55
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Internet: www.cuba-si.org



Bessere Welt Info zum Gazakrieg – 10.000 Links auf Deutsch und Englisch ... und vieles mehr!
besserewelt.info/GazaKrieg

Alle wichtigen Infos zum Israel-Hamas-Krieg in Gaza, den Hintergründen und Friedensbemühungen, dem Leid der Menschen in Gaza sowie der Völkermord-Klage Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof – bitte weitersagen!

Bessere Welt Info – eine Wikipedia für Links und eine bessere Welt, für alle relevanten Themen unserer Zeit – Helfer willkommen! ▶ Norbert@besserewelt.info



www.Nuclearban -  Tour.de

Radmarathon Berlin – 1. Juni 2024 – 280 km

Weltweit einmalige Rennraddemos für Frieden und eine atomwaffenfreie Welt!

Informiert Euch auch über den Nuclearban Radmarathon
am 10. August 2024 von und nach Vaihingen/Enz: www.nuclearban-tour.de



03.-07. Juli 2024 • Nörvenich bei Köln



Camp für Klimagerechtigkeit und nukleare Abrüstung

Ihr seid eingeladen zu unserem Klimacamp gegen Atomwaffen nahe der Airbase Nörvenich. Hier verbinden sich unser Engagement für das Klima und nukleare Abrüstung. Zusammen stellen wir uns der Zerstörung unseres Planeten in den Weg!

Am Fliegerhorst Nörvenich übt die Bundeswehr im Rahmen der nuklearen Teilhabe den Einsatz von Atombomben. Nicht weit davon im Hambacher Forst protestieren Klimaaktivist*innen seit Langem gegen ein lebensfeindliches fossiles System. Hier wollen wir Anfang Juli einen gemeinsamen Ort für Protest, Vernetzung und Bildung schaffen und uns gegenseitig inspirieren.

Die Klimakrise und die weltweite nukleare Aufrüstung gefährden das Leben auf unserem Planeten. Weltweit geben die Industriestaaten Milliarden für Atomwaffen aus. Das Geld fehlt zur Bekämpfung des Hungers, der sozialen Ungleichheit und des Klimawandels, dessen Auswirkungen am stärksten den Globalen Süden betreffen. Auf den untergehenden Pazifik-Inseln leiden viele Menschen

bis heute an den Folgen der Atomtests, die überwiegend in ehemaligen Kolonien und auf den Gebieten ethnischer Minderheiten durchgeführt wurden.

Treffen wir uns!

Treten wir gemeinsam ein für:

- konkrete Klimagerechtigkeit
- eine atomwaffenfreie Welt und den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland
- den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag

Auf dem Programm:

- Workshops, Aktionstrainings, Skill-Shares
- kreativer Protest & vielfältige gewaltfreie Aktionen
- vegane Küche, Musik und Film
- Geburtstagsfeier für das Atomwaffenverbot am 7. Juli
- alles, was Ihr mitbringt.

Wir freuen uns auf Euch!

Unterstützt von ICAN Deutschland, Netzwerk Friedenskooperative und IPPNW Deutschland.



Infos & Anmeldung: buechel.nuclearban.de